



KLIMAWANDEL UND MENSCHENRECHTE

ALBANIEN

Täter lernen, wie es ohne Gewalt geht

WM-GASTGEBER RUSSLAND

Wenig Freiraum für Homosexuelle

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



AMNESTY-BOUTIQUE

Unsere Produkte werden nachhaltig,
ethisch und ökologisch korrekt hergestellt.

**WEITERE ATTRAKTIVE PRODUKTE
FINDEN SIE IN UNSEREM WEBSHOP
SHOP.AMNESTY.CH**

KINDERFLASCHE & ZNÜNIBOX

100% Schweizer Produktion,
lebensmittelecht, weichmacherfrei,
umweltfreundlich, zertifiziert.

Flasche: 0,33 Liter

Znüni-Box: 16 x 12 x 6 cm

Art. 2300.042.BF / Fr. 16.50



NEU!

SIGG-FLASCHE IN WEISS

Klassische Sigg-Flasche
aus Aluminium (0,6 Liter).

Weisse Mattlackierung
mit griffiger Oberfläche.

Art. 2300.021.W / Fr. 25.–



SCHWIMMSACK «WICKELFISCH»

Unser Schwimmsack hält beim
Flussschwimmen Ihre Sachen trocken.

Art. 2200.082.D / Fr. 35.–



GYMBAG

100% Baumwolle, mit
Reissverschlussfach innen.

Grösse: 45 x 35 cm

Art. 2200.086 / Fr. 19.50

TASCHENMESSER VICTORINOX

HUNTSMAN LITE

Mit 21 Funktionen

Art. 2200.085.H / Fr. 63.–



SPORTSMAN

Mit 13 Funktionen

Art. 2300.037.S / Fr. 19.–



ICH BESTELLE FOLGENDE ARTIKEL

Anzahl	Artikelbezeichnung	Grösse	Art.-Nr.	Preis

Name: _____ Strasse: _____
 Ort: _____ E-Mail: _____
 Tel.: _____ Unterschrift: _____
 Mitgliedernummer/Kundennummer (wenn bekannt): _____

Mitglieder der Schweizer
Sektion von Amnesty
International erhalten
10 Prozent Rabatt auf
Publikationen und
Boutiqueartikel, mit
Ausnahme der Kerzen.

Bestellungen an
Amnesty International,
Postfach, 3001 Bern,
oder auf
shop.amnesty.ch

Titelbild

Ein Junge auf der philippinischen Insel Luzon wadet nach einem Sturm im Wasser. September 2017.
© Reuters/Erik De Castro

— AKTUELL

- 4 **Good News**
- 6 **Aktuell im Bild**
- 7 **Nachrichten**
- 9 **Brennpunkt**
Witze machen verboten

— DOSSIER

Klimawandel



- 10 **Die globale Herausforderung**
- 12 **Vor uns die Sintflut**
Was hat der Klimawandel mit den Menschenrechten zu tun?
- 14 **Auswirkungen des Klimawandels**
Die wichtigsten bedrohten Menschenrechte.
- 16 **Dakar im Matsch**
In der senegalesischen Hauptstadt kommt es zu Überschwemmungen.
- 19 **Zügelaktion in der Südsee**
Der Inselstaat Kiribati hat auf Fidschi Land gekauft.
- 20 **Fehlt der Regen, dann fehlt der Reis**
In Thailand führen Dürren zu Ernteausfällen.
- 22 **Humanitäre Hilfe stärken**
Migrationsexperte Étienne Piguet über die Bedürfnisse von Klimaflüchtlingen.
- 23 **«Das reicht uns nicht»**
Die Schweizer Klimaseniorinnen fordern, dass der Bund mehr gegen die globale Erwärmung tut.

— T H E M A

- 24 **Albanien**
Gewalt ist uncool



In einem Präventionsprogramm lernen Männer, ihre Frauen nicht zu schlagen.

- 27 **Russland**
«Fussball ist ein Schutzraum»
- 30 **Israel**
Keine Gnade für Minderjährige
- 32 **Unvergesslich – Unsere Geschichten**
«Es kann so lustig sein»
Neustart in Genf

— K U L T U R

- 35 **Ausstellung**
Die letzte Hexe und die Menschenrechte
- 36 **Film**
Das Klima und das Kino
- 37 **Film**
Hollywoods erste schwule Teenie-Romanze
- 38 **Musik**
Grosse Träume, zensurierte Texte

— C A R T E B L A N C H E

- 39 **Endo Anaconda**
Wir sind um keinen Deut besser

Impressum: «AMNESTY», Magazin der Menschenrechte, Nr. 94, Juni 2018. **Redaktion:** Carole Scheidegger (verantw.), Manuela Reimann Graf. **MitarbeiterInnen dieser Nummer:** Endo Anaconda, Nina Astfalck, Ronny Blaschke, Nadia Boehlen, Sabine Cessou, Camille Grandjean-Jornod, Bastian Hartig, Astrid Herrmann, Andrea Jeska, Ralf Kaminski, Ramin Nowzad, Mathias Peer, Shiromi Pinto, Theodor Rathgeber, Reto Rufer. **Korrektorat:** Korrektorat Wilhelm, Oftringen. **Gestaltung:** www.muellerluetolf.ch. **Druck:** Stämpfli AG, Bern. **Die Mitgliederzeitschrift «AMNESTY»** erscheint viermal jährlich in Deutsch und Französisch. Das Magazin gibt es auch als E-Paper unter <https://issuu.com/magazin-amnesty-schweiz>. **Redaktionsschluss der nächsten Nummer:** 3. Juli 2018. **Distribution:** «AMNESTY, Magazin der Menschenrechte» erhalten alle, die die Schweizer Sektion von Amnesty International mit mindestens 30 Franken jährlich unterstützen. Über die Veröffentlichung von Fremdbeiträgen entscheidet die Redaktion. Alle Rechte vorbehalten. © Amnesty International, Schweizer Sektion. **Spendenkonto:** Amnesty International, Schweizer Sektion, 3001 Bern (PC 30-3417-8). **Redaktionsadresse:** Magazin «AMNESTY», Redaktion, Postfach, 3001 Bern. Tel.: 031 307 22 22, E-Mail: info@amnesty.ch. **Auflage:** 85900 (dt.).



Kennen Sie das? Sie erledigen tausend scheinbar dringende Dinge, aber eigentlich wissen Sie: Es wartet eine wesentlich wichtigere Aufgabe, die Sie sofort angehen sollten. So erscheint mir die Welt angesichts

des Klimawandels. Wir wissen, wie vorrangig es wäre, gegen die globale Erwärmung anzugehen – nur wenige Fachleute bestreiten heute noch, dass die Klimaveränderungen grösstenteils menschengemacht sind. Verschiedene Vorschläge zum Klimaschutz liegen auf dem Tisch. Aber wir bekommen es nicht auf die Reihe, und das liegt nicht nur an Donald Trump und seinem Ausstieg aus dem Pariser Abkommen. Staaten und Privatpersonen müssen nun handeln.

Von den Auswirkungen des Klimawandels sind jene Weltgegenden stärker betroffen, die weniger zu seiner Verursachung beigetragen haben. Menschen verlieren wegen steigender Meeresspiegel oder durch Stürme ihr Daheim. Sie haben nichts mehr zu essen, weil ihre Felder verdorren. Das Trinkwasser wird knapp. Der Kampf um Ressourcen kann zu Kriegen führen. Für die Menschenrechte wird der Klimawandel zu einem gewaltigen Problem, wenn wir es nicht schaffen, ihn einzudämmen.

Auch das kommt Ihnen vielleicht bekannt vor: Gelegentlich braucht es ein wenig Druck, bis Sie das ewig Aufgeschobene erledigen. Die Weltgemeinschaft könnte sich diesen Druck machen, indem sie den Klimaschutz mit menschenrechtlichen Standards verbindet.

Carole Scheidegger, verantwortliche Redaktorin

GOOD

Mahadine ist frei

TSCHAD – Im letzten Magazin haben wir Ihnen berichtet, wie sehr sich der tschadische Blogger und Online-Aktivist Mahadine über die Unterstützung von Amnesty-Mitgliedern gefreut hat. Jetzt gibt es noch bessere Nachrichten: Mahadine ist im April freigelassen worden. Er war seit dem 30. September 2016 inhaftiert, nachdem er im Internet die Regierung kritisiert hatte. Ihm drohte eine lebenslängliche Haftstrafe. Im März 2018 wurde die ursprüngliche Anklage jedoch fallen gelassen und durch eine viel geringere Anklage ersetzt. Danach folgte die Freilassung. Amnesty International fordert, dass nun auch die Verfolgung aller anderen Kritike-

rInnen der Regierung enden muss. Mahadine war einer von zehn Gewissensgefangenen, für die sich Amnesty im Rahmen des Briefmarathons 2017 eingesetzt hatte. Auch in der Schweiz machten sich 2500 Menschen mit der Selfie-Kampagne «I'M HERE» für seine Freilassung stark.

Kein Straflager für Mutter und Sohn

NORDKOREA – Eine überraschende Freilassung im Land von Kim Jong-un: Die Nordkoreanerin Koo Jeong-hwa und ihr Sohn sind nicht länger in Gefahr, den Rest ihres Lebens im Straflager zu verbringen. Die beiden waren im Dezember gemeinsam mit acht weiteren NordkoreanerInnen aus

Demut statt Strammstehen

USA – Zum ersten Mal überreichte Amnesty International den Ambassador of Conscience Award einem Sportler: Der American-Football-Spieler Colin Kaepernick ist weltweit für seinen «Take-a-Knee»-Protest in den USA bekannt geworden: In der Vorsaison 2016 hatte er sich während der US-amerikanischen Nationalhymne hingekniet, um friedlich gegen Ungleichheit und Polizeigewalt zu protestieren. Anlass war die unverhältnismässig hohe Zahl an Fällen, in denen schwarze Menschen in den USA von der Polizei getötet werden. Seine Aktion löste eine heftige Debatte über Rassendiskriminierung aus, und Kaepernick – wie auch die vielen Sportler und Sportlerinnen, die es ihm in der Folge gleichmachten – wurde stark angefeindet, so auch von Präsident Trump, der diese friedlichen Aktionen verbieten lassen wollte.



Colin Kaepernick vor einem Bild von Malcolm X.

D N E W S

China abgeschoben worden. Die Behörden beschuldigten sie des Landesverrats, da sie ihr Land verlassen hatten. In Nordkorea gilt dies als Verbrechen gegen den Staat und kann mit der lebenslangen Inhaftierung in politischen Straflagern oder mit Hinrichtung bestraft werden. Der Mann von Koo Jeong-hwa, der heute in Südkorea lebt, bestätigte, dass sie am 6. März freigelassen wurde und die Anklage gegen sie fallen gelassen wurde.



Nach 10 Jahren endlich frei:
Teodora del Carmen Vásquez.

Nicht länger wegen Fehlgeburt in Haft

EL SALVADOR – Teodora del Carmen Vásquez ist am 15. Februar freigekommen. Sie war in Haft, weil sie 2007 eine Fehlgeburt erlitten hatte, was ihr wegen der drakonischen Abtreibungsgesetze in El Salvador als Mord ausgelegt wurde. Ihre Strafe wurde im Februar verkürzt. Amnesty International hatte sich jahrelang für sie eingesetzt und fordert El Salvador auf, sich gänzlich von seinem absoluten Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen zu verabschieden.

Pride-Parade in Ankara fand statt

TÜRKEI – Hunderte von Studierenden liessen sich am 11. Mai nicht davon abhalten, friedlich für ihre Rechte zu demonstrieren. Die Verwaltung der Technischen Universität des Nahen Ostens in Ankara hatte zuvor versucht, die jährlich auf dem Campus stattfindende Pride-Parade zu verhindern. Denn der Gouverneur von Ankara hatte ein Verbot aller Veranstaltungen von LGBTI (Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transmenschen, Intergeschlechtlichen) erlassen. Die Studierendengruppe, welche die Pride organisiert, sagte Amnesty International gegenüber: «Wir konnten nicht einfach schweigen und das Verbot akzeptieren. Wir mussten uns wehren und trotzdem demonstrieren. Das Verbot unserer Pride-Parade war rechtswidrig und richtete sich gegen unsere blosse Existenz.»



Unerschrocken: Studierende in Ankara demonstrieren für gleiche Rechte.

Freispruch bestätigt

SÜDKOREA – Die meisten Bibliothekare leben nicht sehr gefährlich, Lee Jin-young aber schon: Der südkoreanische Gewerkschaftsaktivist und Besitzer der Online-Bibliothek «Labour Books» war vergangenes Jahr mehrere Monate im Gefängnis. Er hatte eine Anklage aufgrund des Gesetzes über die Nationale Sicherheit am Hals. Der Vorwurf: Er habe schriftliche Materialien verteilt, die «regierungsfeindlichen Organisationen» zugute gekommen seien. Am 20. Juli 2017 wurde er freigelassen, nachdem ihn ein Bezirksgericht in Seoul von der Anklage freigesprochen hatte. Dagegen legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Im April hat das Hohe Gericht in Seoul den Freispruch bestätigt.



Freigesprochen: Lee Jin-young inmitten seiner Bücher.

IN KÜRZE

SERBIEN – Der serbische Nationalist Vojislav Seselj hat in Den Haag für Verbrechen gegen die Menschlichkeit eine Strafe von zehn Jahren Gefängnis erhalten. Seselj war zuvor in erster Instanz freigesprochen worden. Im Berufungsurteil wird Seselj wegen Verfolgung, Deportation und zwangsweiser Umsiedlung von Personen verurteilt.

MALAYSIA – Der Oppositionsführer Anwar Ibrahim ist Mitte Mai aus dem Gefängnis entlassen worden. Er sass aufgrund fingierter Anklagepunkte zwei Mal für lange Zeit hinter Gittern. Amnesty International ist überzeugt, dass er nur wegen seiner politischen Haltung inhaftiert war, und setzt sich seit 20 Jahren für ihn ein.

ASERBAIDSCHE – Am 5. April ordnete der Oberste Gerichtshof von Aserbaidschan die Freilassung von Aziz Orujov an und setzte seine dreijährige Haftstrafe zur Bewährung aus. Der Journalist war seit dem 2. Mai 2017 wegen konstruierter Anklagen unter unmenschlichen Bedingungen in Haft gehalten worden.

ÄQUATORIALGUINEA – Der Karikaturist Ramón Esono Ebalé ist seit dem 7. März auf freiem Fuss, nachdem die Anklage gegen ihn fallen gelassen worden war. Er bedankt sich bei allen, die sich für ihn eingesetzt haben: «Ich werde nicht aufgeben. Als ich geboren wurde, lag mir nicht die Welt zu Füßen. Und heute lebe ich, um für die Leute meines Landes zu zeichnen. Danke.»



© Sergio Ortiz / A1

MEXIKO / USA – Letzte Umarmungen an der Grenze: Mit der MigrantInnen-Karawane zogen sie quer durch Zentralamerika und kamen schliesslich in der mexikanischen Grenzstadt Tijuana an. Nun verabschieden sie sich von einander. Beide hoffen, in den USA Asyl beantragen zu können. Der langwierige Prozess endet jedoch meist mit der Inhaftierung und Abschiebung der Asylsuchenden.



© Al Taiwan
KünstlerInnen und MenschenrechtsaktivistInnen auf der ganzen Welt solidarisieren sich mit Liu Xia, wie hier in Taiwan.

Liu Xia in Gefahr

CHINA – Die Witwe des verstorbenen chinesischen Menschenrechtlers Liu Xiaobo ist in ernster Gefahr. Seit dem Tod ihres Mannes, der 2010 mit dem Friedensnobelpreis geehrt wurde, befindet sich die Dichterin unter Hausarrest. Sie ist seit Jahren von Überwachung und Einschränkungen betroffen – alles nur, weil sie Liu Xiaobos Frau ist. Liu Xias psychische Verfassung hat sich gemäss FreundInnen massiv verschlechtert. Internationale Appelle, sie endlich aus China ausreisen zu lassen, waren bislang vergebens.

32 Jahre Haft

BURUNDI – 32 Jahre Haft wegen Rebellion: Der Menschenrechtsverteidiger Germain Rukuki wurde am 26. April 2018 wegen Rebellion, Beteiligung an einer aufständischen Bewegung und Bedrohung der Staatssicherheit für schuldig befunden. Man hatte ihn im Juli 2017 verhaftet, weil er für die Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter (ACAT) in Burundi gearbeitet hatte. Bei seiner zweiten Anhörung am 8. April 2018 wurde ihm zudem vorgeworfen, «Teil einer Aufstandsbewegung im Jahr 2015 zu sein». Damals hatte es breite Proteste gegen Präsident Pierre Nkurunziza gegeben, der eine dritte Amtszeit anstrebte.

«Menschenrechtlicher Abwärtstrend»

ÖSTERREICH – Die Menschenrechte von Asylsuchenden in Österreich werden mehr und mehr beschnitten. Dem Parlament wurde ein erneut verschärftes Asylgesetz vorgelegt – die «Fremdenrechtsnovelle», wie es in Österreich heisst. Sie enthält unter anderem einen Angriff auf Kinderrechte, denn sie will schutzsuchende Jugendliche im Falle einer Verurteilung mit Erwachsenen gleichstellen. Die Regierung plant ausserdem einen Eingriff in die ärztliche Schweigepflicht. ÄrztInnen müssten demnach den Behörden über die Entlassung von PatientInnen Auskunft geben,

wenn deren Abschiebung kurz bevorsteht. Auch soll künftig Flüchtlingen, die Geld bei sich tragen, bis zu 840 Euro als Verfahrensbeitrag abgenommen werden. Des Weiteren sollen die Behörden Handydaten von Menschen, die in Österreich einen Asylantrag stellen, auslesen dür-

fen. «Die Regierung treibt mit dieser Novelle den menschenrechtlichen Abwärtstrend im Asylbereich weiter voran. Sie macht Schutzsuchende per Gesetz zu Menschen zweiter Klasse», sagt Annemarie Schlack, Geschäftsführerin von Amnesty Österreich.

Indirekter Gegenvorschlag zur «Kovi»

KONZERNVERANTWORTUNGSINITIATIVE – Die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats schlägt im Rahmen der Aktienrechtsrevision gesetzliche Massnahmen gegen Menschenrechtsverletzungen und die Missachtung von internationalen Umweltstandards durch Konzerne mit Sitz in der Schweiz vor. Die Kommission will allerdings nur grosse Unternehmen der Sorgfaltsprüfungspflicht unterstellen sowie besondere Hochrisiko-Tätigkeiten. Eine Haftung wäre beschränkt auf juristisch kontrollierte Tochterfirmen und nicht auch jene, die man rein wirtschaftlich kontrolliert. Unklar ist bei Redaktionsschluss, ob noch weitere Änderungen an diesem indirekten Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative «Kovi» vorgenommen werden, die weitere Abstriche gegenüber dem Initiativtext mit sich bringen. Somit ist bei Redaktionsschluss noch offen, ob der schliesslich definitiv verabschiedete Gegenvorschlag zum Rückzug der Initiative führen kann.

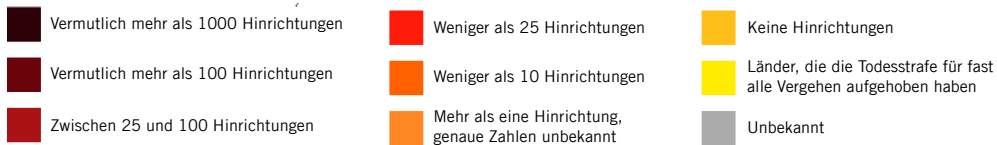
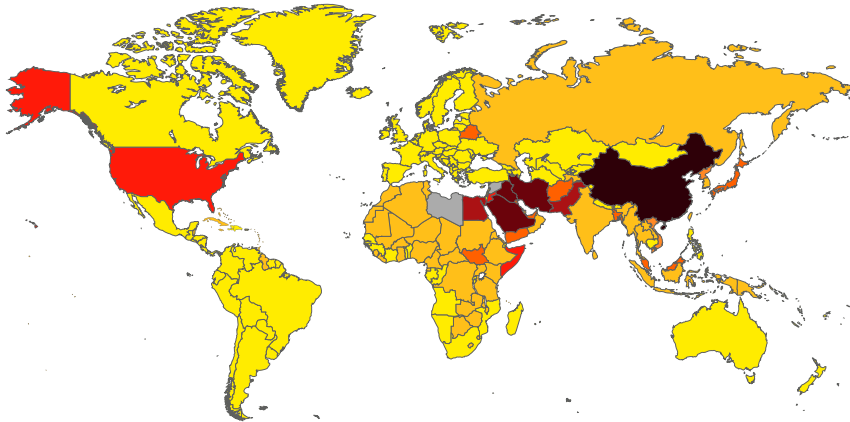
Mord an Umweltaktivisten

KOLUMBIEN – Sie engagierten sich für Entschädigungen für lokale Familien, nun sind sie tot: Innerhalb einer Woche wurden Anfang Mai in Antioquia Alberto Torres Montoya und Hugo Albeiro George Pérez, Mitglieder der Bewegung Ríos Vivos, von Unbekannten getötet. Sie hatten sich gegen das Wasserkraftprojekt Hidroituango engagiert, das die Umwelt beschädigt und die Lebensgrundlagen vieler lokalen Bauern und Bäuerinnen gefährdet. Weitere Mitglieder der Umweltbewegung fürchten nun um ihr Leben. Seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens im November 2016 wurden mehr als 170 Umwelt- und MenschenrechtsaktivistInnen umgebracht.



© Svenska Wikipedia
Der Hidroituango, einer der grössten Staudämme Lateinamerikas, wird derzeit am Fluss Cauca gebaut. Das von öffentlichen Unternehmen durchgeführte Wasserkraftprojekt betrifft mehr als 26 000 Hektar Land in 19 Gemeinden.

HINRICHTUNGEN 2017



Todesstrafen-Bericht 2017

WELTWEIT – Die Arbeit gegen die Todesstrafe macht weitere Fortschritte, insbesondere auch in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara. Dort ist die Zahl der verhängten Todesurteile erheblich zurückgegangen. Die Zahl der gemeldeten Hinrichtungen und Todesurteile sinkt auch weltweit, nach einem Rekordhoch in den vergangenen Jahren. Doch wurden 2017 immer noch mindestens 2591 Todesurteile in 53 Ländern ausgesprochen und es befinden sich weltweit mehr als 20000 Menschen im Todestrakt. Inzwischen haben 142 Länder die Todesstrafe per Gesetz oder in der Praxis abgeschafft. Das ist mehr als die Hälfte aller Staaten.

JETZT ONLINE

■ **Wir sind Amnesty Schweiz:** Mitglieder der Schweizer Sektion von Amnesty International sagen an der Jahresversammlung 2018 in Bern, weshalb sie sich für Menschenrechte engagieren und bei Amnesty dabei sind.

■ Mit der Kampagne «**Menschenrechte machen uns stark**» engagiert sich Amnesty Schweiz gegen die «Fremde Richter»-Initiative, die die Europäische Menschenrechtskonvention aufkündigen will und damit einen Angriff auf die Menschenrechte darstellt. Für die Kampagne wurden Fotos gemacht – sehen Sie das «Making off»!

■ **Das Rezept der Kriminalisierung:** Wie kann man lästige UmweltschützerInnen und Menschenrechtsengagierte am besten loswerden? Peru und Paraguay haben das Rezept gefunden. Witziges Video zu einem ernstesten Thema.

Zu finden auf:
www.amnesty.ch/magazin-juni18

Zwangsverheiratet, vergewaltigt, verurteilt

SUDAN – Es begann mit einer Zwangsheirat, als sie sechzehn Jahre alt war: Noura Husseins Vater und ihr künftiger Ehemann unterzeichneten einen Ehevertrag. Als Noura im April 2017 das Gymnasium beendete, musste sie zu ihm ziehen. Als der Ehemann sie zum ersten Mal vergewaltigte, liess er sie von männlichen Verwandten festhalten, da sie sich gegen den «Vollzug der Ehe» wehrte. Am nächsten Tag wollte er Noura wieder vergewaltigen, da floh sie in die Küche und ergriff ein Messer. Bei der anschliessenden Rauferei erlitt er tödliche Messerstiche. Als Noura anschliessend zu ihrer Familie ging und ihnen erzählte, was passiert war, übergab ihr Vater sie der Polizei; die Familie verleugnete sie daraufhin. Ein Gericht hat Noura am 29. April des Mordes an ihrem Mann schuldig befunden.



Zum Tode verurteilt: die heute 19-jährige Noura Hussein Hammad.

WITZE MACHEN VERBOTEN

© Eloy Alonso / Reuters



Protest gegen die «Ley Mordanza», das Knebelgesetz, vor dessen Inkrafttreten am 1. Juli 2015.

Sie hatte einen Witz auf Kosten des seit 45 Jahren toten Ministerpräsidenten Luis Carrero Blanco getwittert: Für diese «Verherrlichung des Terrorismus» und die «Demütigung» seiner Opfer wurde die Studentin Cassandra Vera verhaftet und vor Gericht gestellt. Halb Spanien fand die Anklage lächerlich, selbst die Enkelin des von der baskischen ETA 1973 ermordeten Carrero Blanco trat in der Verteidigung auf. Dennoch wurde Cassandra Vera zu einer bedingten, einjährigen Strafe verurteilt. Ihr wurde zudem für sieben Jahre verboten, im öffentlichen Sektor zu arbeiten.

Auch Rechtsanwalt Arkaitz Terrón hatte sich in einem Tweet einen Witz über die Ermordung Carrero Blancos erlaubt. Er wur-

de von acht Polizisten verhaftet und wegen Verherrlichung des Terrorismus angeklagt. Während Cassandra Vera und Arkaitz Terrón erfolgreich Berufung einlegten, ging es vielen anderen schlechter: Die Verurteilungen wegen Verletzung des Artikels 578 des spanischen Strafgesetzbuches sind in den letzten Jahren stark angestiegen. Social-Media-Nutzer werden wegen ihrer Tweets strafrechtlich verfolgt, Musikerinnen stehen wegen ihrer Liedtexte vor dem Gefängnis und sogar Puppenspieler befanden sich in Haft. Das Vorgehen der Justiz hat eine abschreckende Wirkung: Menschen in Spanien getrauen sich zunehmend seltener, die Regierung öffentlich zu kritisieren.


«Viele bekamen Angst», sagte beispielsweise Nyto Rukeli, ein Mitglied von La Insurgencia, einem Kollektiv von 12 Rappern und Rapperinnen, die zu jeweils mehr als zwei Jahren Gefängnis und Geldstrafen verurteilt wurden. «Die Behörden hatten Erfolg, da etwa die Hälfte der Mitglieder aufgehört hat zu singen oder die Botschaften in ihren Liedern geändert hat.» Der Vorwurf gegen La Insurgencia: Sie hätten die kommunistische Untergrundgruppe GRAPO «verherrlicht», eine Organisation, die seit 2007 nicht mehr aktiv ist.

Unter der seit Ende 2011 regierenden konservativen Volkspartei Partido Popular wird die

Meinungsäußerungsfreiheit in Spanien zur Farce: Der vage formulierte Artikel 578 wird inzwischen gegen jegliche oppositionelle Äußerung angewandt. So startete die Guardia Civil ab 2014 ihre anlassfreien Durchforstungen des Internets – sinnigerweise unter der Bezeichnung «Operation Spinne» –, in deren Verlauf bisher mehr als 70 Menschen festgenommen und angeklagt wurden.

Mit dem Gesetz «für die Sicherheit der Bürger» (Ley de Seguridad Ciudadana) von 2015 wird auch das Demonstrationsrecht massiv eingeschränkt. Mit diesem «Knebelgesetz», wie es in der Bevölkerung genannt wird, können unangekündigte Demonstrationen und Kundgebungen vor dem Kongress oder anderen «wichtigen» Gebäuden mit bis zu 600 000 Euro Busse gehandelt werden. Das Aufrufen zu einer «illegalen» Demonstration kann zudem noch eine Gefängnisstrafe von bis zu einem Jahr einbringen. Selbst das Fotografieren von PolizistInnen oder das Verbreiten dieser Bilder kann mit Bussen von bis zu einer halben Million Euro bestraft werden. Wie absurd das Ganze wird, zeigte der Fall einer Frau aus Alicante: Sie musste eine Geldstrafe von 800 Euro zahlen, weil sie auf Facebook ein Foto eines leeren Polizeiautos verbreitet hatte, das auf einem Behindertenparkplatz abgestellt war.

Manuela Reimann Graf



Böden trocknen aus, steigende Meeresspiegel fordern Land, Stürme wüten mit zerstörerischer Kraft: Die globale Erwärmung gefährdet unsere Umwelt, und sie bedroht die Menschenrechte massiv. Schon heute hungern, fliehen und sterben Menschen aufgrund von Auswirkungen des Klimawandels. In den hauptverursachenden Industrieländern scheinen sie aber noch zu wenig Schäden anzurichten, als dass griffige Massnahmen umgesetzt würden. Die Menschenrechte sollten in der Klimapolitik eine zentrale Rolle spielen.



Die globale Herausforderung



© Vincent West / Reuters

Vor uns die Sintflut

Durch den Klimawandel werden verschiedene Menschenrechte gravierend verletzt. Die Leidtragenden sind in erster Linie diejenigen Bevölkerungsgruppen, die am wenigsten Spielraum haben, sich an veränderte Klimabedingungen anzupassen.

Von Theodor Rathgeber

Theodor Rathgeber ist wissenschaftlicher Autor sowie Gutachter für Menschenrechte, Minderheiten und indigene Völker. Seit 2003 ist er Beobachter für die Uno-Menschenrechtskommission und für den Uno-Menschenrechtsrat.

Bis auf wenige Ausnahmen stellt die grosse Mehrheit der Fachwelt den Klimawandel nicht infrage. Allein die Berichte des Weltklimarates (IPCC) legen allen Zweifelnden hohe Hürden für eine gegenteilige Argumentation auf. Zu ähnlichen Ergebnissen kommen seit 2009 auch das Kinderhilfswerk Unicef, die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO und die Weltgesundheitsorganisation WHO. Sie berichten von steigenden Durchschnittstemperaturen, häufigeren Extremwetterereignissen wie Stürmen, Dürren oder Hitzesommern, unkalkulierbar gewordenen Wetterperioden und Vegetationsperioden in der Landwirtschaft, einem kontinuierlich ansteigenden Meeresspiegel.

In jüngerer Zeit folgten Berichte, dass etwa in Westafrika der steigende Meeresspiegel ganze Küstenstreifen verschlingt, von Mauretanien bis Kamerun, und auch die Metropole Lagos (Nigeria) ist bedroht. Für Nordafrika wird prognostiziert, dass einige Regionen so heisse Temperaturen haben werden, dass sie nicht mehr bewohnbar sind. Hingegen können die Sahelstaaten voraussichtlich mit mehr Regen rechnen. In Regionen um den Äquator geht die Ernte von traditionellen Grundnahrungsmitteln und mithin die Ernährungssicherheit kleinbäuerlicher Familien messbar zurück.

In ähnlicher Weise verschärfen Projekte zum Ausgleich des Klimawandels soziale Konflikte. In Honduras führt ein Palmölmühlenprojekt zugunsten der Plantagenbewirtschaftung zum Landraub bei kleinbäuerlichen Familien, in Panama enteignet die Energiegewinnung mittels Stausee Barro Blanco indigene Dorfgemeinschaften, in Kenia werden die traditionell von der Weidewirtschaft lebenden Massai zugunsten einer Geothermie-Anlage ver-

Überflutungen können auch in unseren Breiten-graden massiv zunehmen – wie hier in Castejón in Spanien im April 2018 nach heftigen Regenfällen.

trieben. Von den vielen Nachrichten dieser Art kommen nur wenig in den Ländern an, in welchen die meisten Treibhausgase produziert werden. Die Auswirkungen sind für die dortige öffentliche Aufmerksamkeit oftmals nicht katastrophal genug. Darüber hinaus kaufen sich die Industrieländer von Emissionsminderungen im eigenen Land frei. Das ist billiger und wiederum weniger schlagzeilentragend.

Menschenrechte in Bedrängnis | Die skizzierten Folgen des Klimawandels verweisen darauf, dass Menschenrechte wie das Recht auf sauberes Trinkwasser, Nahrung, Gesundheit, auf angemessenen Lebensstandard, auf Territorialrechte indigener Völker oder auch auf die Staatsbürgerschaft direkt in Mitleidenschaft gezogen werden. Letzteres betrifft etwa Inselstaaten, die vom Verschwinden bedroht sind. Der Weltklimarat hat Studien über die Lage von Menschen an Küsten, Flussufern und in Gebirgen erstellt, die Hunderte Millionen in Indien, Bangladesch, China, in den Anden, in Lateinamerika, im südlichen Afrika oder auch in der Mittelmeerregion von Flutungen oder Dürren betroffen sehen. Der IPCC schätzt, dass die für das Jahr 2020 vorausgesagte Zahl von 50 Millionen Hungernden sich bei gleichbleibender Entwicklung auf 266 Millionen in 2080 erhöht haben wird. Mangelernährung, Ruhr und endemische Krankheiten wie Malaria oder Dengue-Fieber werden laut WHO insbesondere für Kinder desaströse Folgen haben. Im Juli 2011 stellte der Uno-Sicherheitsrat in einem Statement des Ratspräsidenten fest, dass die Folgen des Klimawandels eine weltweit auftretende Gefahr für den sozialen Frieden und die wirtschaftliche Entwicklung darstellen.

Im Vergleich zu diesen Szenarien hinkt die Berücksichtigung menschenrechtlicher Standards im Klimarahmenvertrag und in den Ergebnissen der Vertragsstaatenkonferenzen (COP) weit hinterher. Selbst das bislang anspruchsvollste Dokument, das Pariser Klimaabkommen von 2015 (COP 21), spart menschenrechtliche Massstäbe zur Einordnung der Klimapolitik weitgehend aus. Die vielfältigen Eingaben des Hohen Kommissars für Menschenrechte und mehrerer Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen im Vorfeld der Pariser Konferenz schafften es lediglich als hehres Ziel in die Präambel. Die Einhaltung von Menschenrechten bei Klimaschutzprojekten wird nicht geprüft. Auch der Clean Development Mechanism (ein im Kyoto-Protokoll vorgesehener Mechanismus zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen) ist bislang bar jeglicher menschenrechtlicher Kriterien zur Bewertung solcher Massnahmen.

Warum Menschenrechte? | Eine menschenrechtsbasierte Klimapolitik hätte vor allem für Betroffene ent-

scheidende Vorzüge, wenn über Massnahmen zur Anpassung oder Vermeidung, Technologietransfer, Ausstattung von Fonds und nicht zuletzt methodische Fragen beim Monitoring verhandelt und entschieden wird. Es macht einen Unterschied, ob solche Massnahmen auch mit Grundrechten oder nur mit ökologischen Erfordernissen abgeglichen werden. Menschenrechtliche Standards sind eindeutig, kommen überall mit denselben Begriffen zur Anwendung und beinhalten die unmittelbare Beteiligung der Betroffenen. Gerade im Kontext des Klimawandels ist es nicht verständlich, warum sich die lokale Bevölkerung und ganz allgemein nicht-staatliche Akteure bislang höchstens mittelbar und informell an der Ausgestaltung, Planung und Umsetzung von Klimamassnahmen beteiligen können.

Die Chance, dass menschenrechtsbasierte Verhandlungen näher an der Dringlichkeit und Tragweite für die unmittelbar Betroffenen lägen, ist gross. Zweifelsohne stellt der Klimawandel ein komplexes Zusammenspiel mehrerer Faktoren dar, kausale Abläufe sind die Ausnahme. Gleichwohl kann die Verantwortung für klimaschädliches Handeln zugeordnet werden. Dies erkennen inzwischen sogar Gerichte an. Das Oberlandesgericht in der deutschen Stadt Hamm hielt im November 2017 die Klage eines Bauern aus Peru gegen den deutschen Energiekonzern RWE und dessen Mitverantwortung für den Klimawandel für schlüssig. In gleicher Weise sind menschenrechtlich basierte Pflichten eines Staates gegenüber den Opfern des Klimawandels regelbar; etwa über die Rechtsfigur der sogenannten extraterritorialen Staatenpflichten.

Drohender Gesichtsverlust | Wenn alles so nahe liegend scheint, warum wird es nicht eingesetzt? Einer der wesentlichen Gründe dafür ist so simpel wie politisch abgründig: Menschenrechtliche Verpflichtungen der Staaten werden von unabhängigen Vertragsausschüssen, SonderberichterstatterInnen, dem Hochkommissariat für Menschenrechte jeweils penibel überprüft. Mängel und Verfehlungen werden ungeschminkt festgestellt. Alle Staaten, ohne Ausnahme, versuchen, einen solchen Ansehensverlust zu vermeiden.

Seit dem Jahr 2008 versuchen vom Klimawandel betroffene Inselstaaten, Nichtregierungs- und Menschenrechtsorganisationen, beim Uno-Menschenrechtsrat in Genf ein Mandat zum Thema Klimawandel einzurichten. Auch westliche Länder wie Deutschland oder die Schweiz haben bis heute das ihnen Mögliche unternommen, ein solches Mandat zu verhindern. Menschenrechte als Grundlage zur Bewertung der Klimapolitik scheinen zu offensichtlich die Mankos in der Problembearbeitung zu benennen. Umso dringlicher ist es, dass wir uns für deren verbindliche Einbeziehung engagieren. |

Auswirkungen des Klimawandels

Unwetterkatastrophen wie Stürme, Starkniederschläge und Überflutungen kosten vielen Menschen das Leben. Schäden an Ökosystemen gefährden die Ernährungssicherheit bzw. Lebensgrundlagen.

Schmelzende Gletscher und die damit verbundene langfristige Verringerung der Wassermenge in Flüssen gefährden die Landwirtschaft und die Trinkwasserversorgung. Durch das **Schmelzen des Eises** an den Polkappen kommt es zu einem Anstieg des Meeresspiegels.

Durch den **steigenden Meeresspiegel** werden tief liegende Küstenzonen und ganze Inselstaaten langfristig unbewohnbar. Böden und Grundwasser versalzen.

Steigende Temperaturen und lang anhaltende Trockenzeiten führen zu **Wüstenbildung und Dürren**. Sie erschweren die Landwirtschaft und verschlechtern den Zugang zu sauberem Wasser. Seuchen wie Malaria nehmen zu. Hitzewellen und Smog belasten die Gesundheit.



Die wichtigsten Menschenrechte, die vom Klimawandel bedroht sind

■ Recht auf Leben

Extreme Wetterereignisse in der Folge des Klimawandels führen direkt zu vielen Todesfällen, dazu kommen Dürren, Hitzewellen, Krankheiten mit weiteren Opfern. Auch vorsichtige Schätzungen gehen von gegenwärtig jährlich mehr als 150 000 Toten infolge von Ereignissen aus, die auf den Klimawandel zurückzuführen sind. Verschiedene Berichte sprechen von rund 400 000 Opfern pro Jahr, eine Zahl, die bis 2030 auf 700 000 ansteigen könnte.

■ Recht auf Nahrung

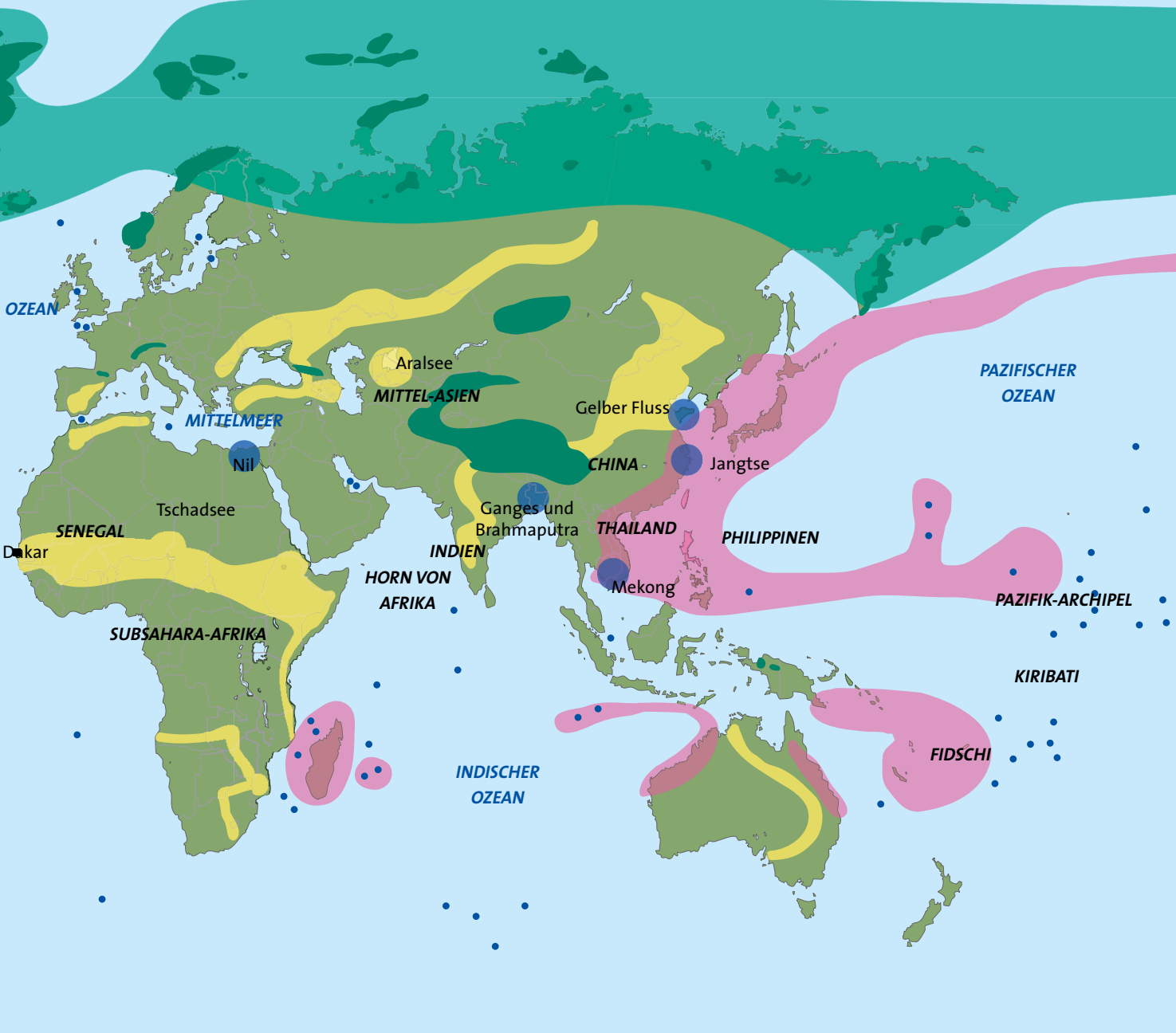
Die Weltbank schätzt, dass bei einem Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur um 2 Grad Celsius zwischen 100 Millionen und 400 Millionen Menschen mehr von Hunger bedroht wären als heute. Jedes Jahr könnten über 3 Millionen zusätzliche Todesfälle durch Unterernährung verursacht werden.

■ Recht auf Wasser und Hygiene

Dem Weltklimarat IPCC zufolge wird in den meisten trockenen Regionen der Zugang zu sauberem Trinkwasser erschwert. Durch steigende Meeresspiegel sind auch in Küstengebieten Auswirkungen auf die Wasserverfügbarkeit zu erwarten. Laut einem Bericht der Weltbank kann ein durchschnittlicher Temperaturanstieg von 2 Grad weltweit dazu führen, dass 1 bis 2 Milliarden Menschen nicht mehr genügend Wasser haben, um ihren Bedarf zu decken.

■ Recht auf Gesundheit

Laut Berichten der Weltbank werden gesundheitliche Auswirkungen z.B. durch hitzebedingten Smog verschlimmert. Überschwemmungen führen vermehrt zu Infekten wie Malaria oder Durchfall. Höhere Unterernährungsraten verschlechtern die Lage zusätzlich.



© muellerluetolf.ch, Quellen: Norman Myers, «Environmental refugees. An emergent security issue». Akten des Wirtschaftsforums der OSZE, Prag, Mai 2005. Millennium Ecosystem Assessment; 2005; Liser, 2007. Zit. in: Le Monde diplomatique (Hg.), Atlas der Globalisierung Spezial: Klima, Berlin (taz Verlag) 2008.

■ Recht auf Selbstbestimmung

Die Folgen des Klimawandels schränken die Wahl der Menschen und ganzer Völker ein, ihren Lebensstil und ihre Existenzgrundlage frei zu wählen. Dazu kommt die Vertreibung von ganzen Völkern z.B. durch Überflutung von Inselstaaten.

■ Recht auf Wohnraum

Das Recht auf eine angemessene Unterkunft wird in vielerlei Hinsicht bedroht. Extreme Wetterereignisse zerstören die Häuser einer Vielzahl von Menschen direkt. Dürre, Erosion, Überschwemmungen und der ansteigende Meeresspiegel machen Gebiete unbewohnbar, was zu Vertreibung und Abwanderung führen kann.

Der Klimawandel betrifft aber auch viele weitere Rechte, wie z.B. das Recht auf Entwicklung oder die Rechte indigener Völker (z.B. durch Vertreibung). Dadurch, dass die Staaten ihre Ressourcen für die Bekämpfung der Auswirkungen des Klimawandels einsetzen müssen, werden Mittel für die Umsetzung verschiedener Menschenrechte eingeschränkt, so zum Beispiel für das Recht auf Gesundheit, auf Unterkunft oder das Recht auf Bildung. Die knapper werdenden Ressourcen können Gründe für bewaffnete Konflikte sein, die wiederum das Recht auf Leben gefährden.

Quellen: Diverse Berichte zit. in «Understanding Human Rights and Climate Change. Submission of the Office of the High Commissioner for Human Rights to the 21st Conference of the Parties to the United Nations Framework Convention on Climate Change.» OHCHR, 2015, sowie «Menschenrechte in der Klimakrise», zeitschrift für menschenrechte, 2010.

© Keystone/AP/Rebecca Blackwell



Ein Laufsteg aus Sandsäcken: Nach starken Regenfällen in einem Vorort von Dakar behilft sich die Bevölkerung mit Notlösungen.

Dakar im Matsch

Während Teile von Senegal mit der Dürre kämpfen, hat der Klimawandel in der Region rund um die Hauptstadt Dakar gegensätzliche Konsequenzen: Bei jeder Regenzeit kommt es zu schweren Überschwemmungen. Gleichzeitig steigt der Meeresspiegel an. Von Sabine Cessou

Rund 250 000 Betroffene finden sich in Dakar Jahr für Jahr inmitten von stehendem Wasser wieder. In den Lachen vermehren sich die Larven in Massen. Seit 2015 bilden sich diese Wasserflächen immer wieder in jenen Vorstädten, wo der Grundwasserspiegel zu nah an der Erdoberfläche liegt. Sie lassen ein Cholerarisiko entstehen, das die Behörden mit der grosszügigen Verteilung von Javelwasser und Plastikeimern eindämmen. Die Bewohnerinnen und Bewohner der Elendsviertel in der Agglomeration von Dakar, in Pikine und Guédiawaye, müssen jedes Jahr zusehen, wie die Sickergruben überlaufen und sich stinkende Tümpel bilden. Abhilfe schaffen sie, wie es eben geht: Sie stellen Zementsteine oder die Gehäuse von Autobatterien unter ihre Möbel – und begegnen dem Übel bis zur nächsten Trockenzeit mit Geduld.

Die ImmobilienbesitzerInnen sind beunruhigt, aber machtlos. Laut der französischen Botschaft in Dakar waren in Pikine 8000 Gebäude in einem Gebiet von 150 Hektaren von den Überschwemmungen im Jahr 2012 betroffen. Dabei kamen 26 Menschen ums Leben, 264 000 waren insgesamt betroffen und 5000 Familien mussten umgesiedelt werden. Die Weltbank schätzt die von Überschwemmungen bedrohten Vermögenswerte in Dakar auf 40 Milliarden Euro, das doppelte des Brutto sozialprodukts des westafrikanischen Landes.

Ein strukturelles Problem | Zwar erliessen die Behörden 2012 einen Zehnjahresplan zur Bekämpfung der Überschwemmungen, konnten dem vom Klimawandel herrührenden strukturellen Problem jedoch

nichts entgegensetzen. Die Stadtbezirksverwaltungen müssen denn auch jedes Jahr wieder Notfall-Pumpeinsätze organisieren. Die Koordination der behördlichen Reaktion krankt nicht zuletzt an der Bürokratie und den Unwägbarkeiten der senegalesischen Demokratie. «Ich sage es nicht gerne, aber seit dem Rücktritt Senghors 1980 herrscht in Dakar das Chaos!», betont der bekannte Architekt Pierre Goudiaby. Er moniert immer wieder das Fehlen einer städtebaulichen Planung, welche die lokalen, regionalen und nationalen Entscheidungsebenen koordiniert. Die herrschende Anarchie führt dazu, dass die Bevölkerung die Umsetzung von Grossprojekten bisweilen teuer bezahlt.

So im armen Quartier «Irrégulier Sud» in der Gemeinde Pikine mit seinen 300 000 EinwohnerInnen, das über keinerlei Abwasserplanung verfügt und deshalb seit 2013 von den Überschwemmungen noch stärker betroffen ist. Der Grund dafür sind die Topografie, unkontrolliertes Wachstum und eine Kanalisation, die im Hintertreffen ist. Überdies durchquert eine neue, vom französischen Baukonzern Eiffage gebaute Autobahn das Quartier. Sie verbindet Dakar mit der Satellitenstadt Diamniadio und dem neuen Flughafen. Das schwergewichtige Bauwerk ruht auf Pfeilern aus Betonblöcken, die zur weiteren Absenkung des bereits unter dem Meeresspiegel liegenden Bodens beitragen.

Eine Rolle spielt auch eine politische Rochade: Der vormalige Stadtpräsident von Dakar, Khalifa Sall, war bei der Bevölkerung beliebt, weil er versuchte, ihre alltäglichen Probleme zu lösen. Doch als er gedachte, den aktuellen Präsidenten des Landes, Macky Sall, bei den Präsidentschaftswahlen 2019 herauszufordern, wurde er im März 2017 wegen Betrug und Unterschlagung verhaftet und damit aus dem Rennen gedrängt. Im März 2018 wurde der Herausforderer zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

Sabine Cessou ist freischaffende Journalistin mit Schwerpunkt Subsahara-Afrika.

Der Ozean trotzt dem Kontinent jährlich rund einen Meter Küste ab.

Noch vor diesem Intermezzo hatte sich die Präsidentschaftsbehörde auf das Überschwemmungsproblem gestürzt, das Jahr für Jahr Wut und Empörung provoziert. Schliesslich wurden ganze Quartiere im Rahmen einer ambitionierten, aber aussichtslosen Umsiedlungspolitik verlegt. Das vom ehemaligen Präsidenten Abdoulaye Wade 2006 lancierte Projekt Jaxaay («Adler» auf Wolof) führte zur Umsiedlung von 30 000 Menschen in 3000 subventionierte Häuser in Keur Massar, einer anderen Vorstadt von Dakar. Allerdings haben Landflucht und Armut dazu geführt, dass die Elendsviertel der Vorstädte sofort wieder besiedelt wurden. In der dicht besiedelten Hauptstadtregion von Dakar lebt ein Viertel der landesweiten Bevölkerung, das sind zwischen 3 und 4 Millionen Menschen, auf engem Raum.

Anstieg des Meeresspiegels | Eine andere nicht zu übersehende Auswirkung des Klimawandels ist der Anstieg des Meeresspiegels, der die ganze Küstenregion bedroht. Besonders den Inseln der Casamance, im Süden des Landes, sowie der Tourismusregion Petite-Côte werden die Fluten des Atlantiks gefährlich. Dort, wo die Wellen schon die Gärten schöner Ferienanwesen überschwemmen, vermag das Vordringen des Ozeans die Gemüter zu bewegen. Das Zurückweichen der Küstenlinie wird auch in der nördlichen Stadt Saint-Louis – von der Unesco zum Weltkulturerbe erklärt – zum Problem. Das Phänomen betrifft aber auch die Hauptstadt: Dakar liegt auf der Cap-Vert-Halbinsel, der am weitesten

in den Atlantik hinausreichenden Landzunge Afrikas.

Die Fakten lassen sich kaum mehr verleugnen. Laut einer Studie der Stadtverwaltung von Rufisque unweit von Dakar trotz der Ozean dem Kontinent rund einen Meter Küste jährlich ab. Die Stadt liess 2013 in Thiawllène einen 730 Meter langen Damm errichten, und zwar im Beisein von Ali El Haïdar, dem Präsidenten des Verbandes senegalesischer Umweltorganisationen (Fedes) und ehemaligem Umwelt- und Fischereiminister. Er verlor seinen Ministerposten rasch, weil er gegen die Korruption ankämpfte, Ali El Haïdar bemängelt immer wieder, dass «Ökologie zum Showbusiness geworden ist: Alle reden davon und niemand tut etwas». Der Damm ist denn in Senegal auch der einzige seiner Art geblieben. Die Aufrufe der vor Ort nach wie vor einflussreichen religiösen Führer, weitere solche Projekte zum Schutz der küstennahen Quartiere zu lancieren, verhallen weitgehend ungehört.

Auch hier fehlt es an einer koordinierten behördlichen Strategie. In einer Nachbarstadt von Thiaroye sind ganze Häuserblocks entlang der Küste eingestürzt, ohne dass dies Aufsehen erregt hätte. Nicht einmal für den Greenpeace-Ableger in Senegal ist das Problem prioritär. Er konzentriert sich auf die illegale Fischerei in den westafrikanischen Gewässern, die zur Dezimierung der Fischbestände führt und den einheimischen Fischern ihre Erwerbsgrundlage entzieht.

Ein Schulbeispiel | Die EinwohnerInnen von Bargny, einer 30 Kilometer von Dakar entfernten Stadt, wollen wirksamere Taten. Sie protestierten an den Klima-Vertragsstaatenkonferenzen (COP) in Paris und Marrakesch. Ihre Stadt gibt ein Schulbeispiel für die aktuelle ökologische Katastrophe in Afrika ab: Dutzende Häuser fielen den anrollenden Fluten zum Opfer, aber Bauland zur Umsiedlung der Betroffenen fehlt. Die Stadtbehörden haben es für den Bau zweier Kohlekraftwerke reserviert; diese haben für die von Stromunterbrüchen heimgesuchte Stadt Vorrang – auch wenn sie die Luft verschmutzen und Bargny zusätzlich zum Anstieg des Meeresspiegels ein weiteres Gesundheitsproblem aufhalsen werden.

Das Sekretariat der Vereinten Nationen für Risikominderung hatte bereits am 28. Januar 2014 Alarm geschlagen. «Der Klimawandel ist im Begriff, Senegal unter Wasser zu setzen», warnte Margareta Wahlstrom, an die sich Bürgermeister auf der Suche nach internationaler Hilfe gewandt hatten. Auf einen Aktionsplan wartet man vier Jahre später immer noch vergeblich, obschon der damalige Innenminister Abdoulaye Daouda Diallo als Erster eingeräumt hatte, die fehlende Koordination in Sachen Zivilschutz stelle im Falle einer Naturkatastrophe «eine der grössten Schwächen» Senegals dar. |



Jahr für Jahr versinken Strassen im Wasser.

Zügelaktion in der Südsee

Der südpazifische Inselstaat Kiribati droht im Meer zu versinken. Deswegen hat die Regierung Land gekauft, das vor dem steigenden Meeresspiegel sicher ist: auf Fidschi. Von Bastian Hartig

«Das alles», sagt Sade Marika und macht dabei eine ausschweifende Armbewegung. «Dieses ganze Land gehört nun Kiribati.» Das Gebiet, über das der drahtige Mann blickt, reicht vom einige Kilometer entfernten Südpazifik bis hin zu den wolkenverhangenen Berggipfeln, die auf der anderen Seite in etwa gleicher Entfernung in den Himmel steigen. Dazwischen ist vor allem dichter Urwald.

Mehr als 2000 Hektar umfasst das Stück Land, das entspricht etwa der Fläche von Liestal. Der kleine Inselstaat Kiribati hat das Gebiet vor vier Jahren im Fidschi-Inselreich gekauft. Auf Fidschi sind hauptsächlich die küstennahen Gemeinden vom steigenden Meeresspiegel betroffen, während sich die zerklüfteten Vulkanberge im Innern der beiden Hauptinseln auf über 1300 Meter erheben. Auf den Atollen Kiribatis hingegen ist alles küstennah – und vor allem maximal ein paar Meter über dem Meeresspiegel. Das Leben dort wird für die knapp 115000 EinwohnerInnen immer schwieriger. Das steigende Meer drängt die Menschen zunehmend auf dem ohnehin knappen Land zusammen und lässt das Trinkwasser versalzen.

Grosse Pläne | Sade Marika ist der Dorfvorsteher der 270-Seelen-Gemeinde Naviavia auf Fidschi. Das Dorf ist eingerahmt von Kokospalmen und einem kleinen Fluss. Ein paar Männer haben sich in der Abendsonne zum Palavern versammelt. Rundherum zwitschern die Vögel. Kinder warten auf das Nachessen, während ein Dutzend junger Männer Rugby spielen.

Doch die Zukunft ist ungewiss. Denn die kleine Gemeinde liegt mitten in dem Gebiet, das jetzt dem Staat Kiribati gehört. Und der hat hier viel vor. «Man hat uns gesagt, sie werden hier Landwirtschaft betreiben, vor allem Maniok und andere Wurzeln anbauen», erklärt Sade Marika. Fragt man Reteta Rimon, Kiribatis Botschafterin in Fidschi, dann erfährt man, dass das wohl nur ein Teil der Wahrheit ist. «Es gibt Überlegungen, unseren Fischereisektor auszubauen», sagt die elegante Dame. Die 33 Inseln und Atolle, aus denen Kiribati besteht, sind über eine Fläche von 3,5 Millionen Quadratkilometern verteilt, dazwischen liegen einige der reichsten Thunfischfanggebiete des Pazifischen Ozeans. Kiribati verpachtet zwar die Fanglizenzen, aber den grossen Profit machen andere. Die Regierung liebä-



Sade Marika ist Vorsteher des Dorfs Naviavia auf Fidschi. Es liegt mitten in dem Gebiet, das nun Kiribati gehört.

gelt deshalb mit einer eigenen Hochseefischfangflotte und Fischereiindustrie. Aber dafür braucht es Platz, grosse Mengen Süsswasser und andere Rohstoffe. Alles Dinge, die auf Kiribati selbst nur sehr begrenzt zur Verfügung stehen, die es aber rund um Naviavia gibt.

Dort übt man sich noch in vorsichtigem Optimismus. «Wir hier im Pazifik sind doch irgendwie alle vom selben Schlag», sagt Efraimi Tangenagitu. Aber sein rundes Gesicht wirkt etwas angespannt. Als die Pläne Kiribatis den DorfbewohnerInnen unterbreitet wurden, gab es Bedenken, ob das Zusammenleben gut klappen würde, schon allein wegen der unterschiedlichen Sprachen. Gefragt, ob sie mit dem Verkauf einverstanden sind, wurden sie hier sowieso nie. Das Land gehörte der anglikanischen Kirche. Die hatte den BewohnerInnen von Naviavia lediglich ein Nutzungsrecht eingeräumt. Nach dem Verkauf bleiben ihnen jetzt noch gut 120 Hektar zur Bewirtschaftung. Das Leben wird sich hier durch den Klimawandel grundlegend ändern. |

Bastian Hartig ist freier Journalist in Bangkok.

Der Klimawandel verschärft die schweren Dürreperioden, von welchen Thailands Reisbauern und -bäuerinnen immer wieder getroffen werden. Ernteaussfälle treiben sie in die Hände von Kredithaien.

Von Mathias Peer. Mitarbeit: Pintong Lekan



© Sukree Sulphang / Reuters

Fehlt der Regen, dann fehlt der Reis

Kurz bevor die Regenzeit beginnt, hat Laam Lakul viel auf ihrem Feld zu tun. Zusammen mit HelferInnen pflügt die Bäuerin aus Ban Pho Tak, einem kleinen Dorf im Nordosten Thailands, dann ihren fast vier Hektar grossen Acker um. Hinterher verteilt sie die Reissamen über dem Boden. Und dann hofft sie auf ihr Glück. Wenn es genug regnet, hat die 66-Jährige ein gutes Jahr. Dann erntet sie weit mehr Reis, als ihre Familie essen kann. Doch bleibt der Regen aus, dann fehlt auch die Ernte. Stattdessen droht die Schuldenfalle.

An die letzte Dürre kann sich Frau Laam noch gut erinnern. Erst zwei Jahre ist es her, dass Ban Pho Tak so trocken war wie ein Wüstendorf. «Ich war nervös, ich hatte Angst», sagt sie. «Ich wusste nicht, ob wir genug zu essen haben werden.» Das Wetterphänomen El Niño sei schuld, dass es schon das zweite Jahr in Folge viel weniger Niederschlag gebe als sonst, erklärten MeteorologInnen damals. Frau Laam und ihre Familie zählten zu den Leidtragenden: Statt 200 Säcken Reis, die ihr Feld normalerweise abwirft, passte die gesamte Ernte in 50 Säcke. Die Kredite, die sie zuvor für den Kauf von Düngemitteln aufgenommen hatte, wurden trotzdem fällig. «Mein Sohn arbeitet in der lokalen Verwaltung», erzählt Laam. «Wir waren auf sein Geld angewiesen.»

Es trifft die Ärmsten | Die jüngsten Dürren trafen nicht nur Ban Pho Tak mit voller Wucht. Mehr als 40 von Thailands 76 Provinzen meldeten während des Höhepunkts der Krise akuten Wassermangel. In 15 Provinzen wurde wegen des fehlenden Regens sogar der Katastrophenfall ausgerufen. Dürren wie diese sind in der Region typisch für El-

Niño-Jahre. Die Wetterkapriolen entstehen, wenn relativ warmes Oberflächenwasser über den tropischen Pazifik Richtung Osten strömt. Der Klimawandel, sagen ExpertInnen, führe dazu, dass die extremen Verhältnisse öfter und heftiger auftreten. In Thailand treffen die Folgen vor allem die Ärmsten des Landes.

Während Frau Laam im Frühjahr 2016 auf ein bisschen Niederschlag hoffte, waren die Pools in den Hotelanlagen des Urlaubslandes so voll wie gewöhnlich, auch die Fabriken in den grossen Industriegebieten östlich der Hauptstadt Bangkok wurden weiterhin mit ausreichend Wasser versorgt, um die Produktion nicht weiter zu stören. Nur für die Landwirtinnen, die vor allem vom Reisanbau leben, hatten die Behörden schlechte Nachrichten: Die Schleusen der Bewässerungssysteme blieben in vielen Gemeinden dicht. Das wenige Wasser, das sich in den Stauseen angesammelt hat, werde in den Städten dringender gebraucht – hiess es. Die Bauern hatten das Nachsehen.

«Wohngegenden und Industrieviertel haben aus Sicht der Regierung bei Wasserknappheit Priorität. Die Landwirtschaft steht an der letzten Stelle», sagt Danny Marks, der für das Projekt «Urban Climate Resilience in Southeast Asia» der Universität von Toronto untersucht hat, wie Gemeinden in Thailand vom Klimawandel betroffen sind. Neben den Bauern und Bäuerinnen sieht er noch eine weitere Gruppe, die mit besonders grossen Problemen zu kämpfen hat: die SlumbewohnerInnen am Rand von Thailands aufstrebenden urbanen Zentren.

In Khon Kaen, der grössten Stadt in Thailands Nordosten, leben sie am südlichen Stadtrand. Entlang der Eisenbahnschienen findet sich die Siedlung Rop Muang 1, in der Danny Marks im vergangenen Jahr sechs Wochen verbracht hat. Der Forscher beschreibt die EinwohnerInnen der Gemeinde als Menschen, die für den wirtschaftlichen Aufstieg der Stadt

Mathias Peer ist freischaffender Reporter in Bangkok.



Kein Regen, kein Gras, keine Milch: Thailand wird immer wieder von Dürren heimgesucht, mit dem Klimawandel drohen diese häufiger aufzutreten.

unerlässlich sind: Sie arbeiten als Reinigungskräfte in den modernen Einkaufszentren, als Wachleute in den Wohnanlagen der Mittelschicht oder als Arbeiter auf den Baustellen des wachsenden urbanen Zentrums. Niedrige Einkommen von rund 200 Euro im Monat drängen sie in prekäre Wohnverhältnisse: Einen Wasseranschluss hat in der Siedlung niemand. Trinkwasser kauft man hier in Kanistern – und was man zum Duschen, Spülen und für die Toilette braucht, wird aus dem Grundwasser heraufgepumpt.

Verweigertes Grundrecht | Doch in den letzten Dürrejahre versiegte diese Quelle. «Von den 8000 Baht, die die Haushalte im Schnitt monatlich zur Verfügung haben, mussten einige bis zu 2000 Baht ausgeben, um Wasser zu kaufen», sagt Danny Marks. Dabei ist der Zugang zu Wasser ein Grundrecht, das Thailands Militärregierung in die neue Verfassung des Landes schreiben liess. Doch entlang der

Bahngleise von Khon Kaen scheint dieses Recht nicht zu gelten. Denn aus Sicht der Behörden leben die BewohnerInnen von Rop Muang 1 dort illegal. Ihre Wellblechhütten stehen auf einem Grundstück der staatlichen Eisenbahn. Der kommunale Versorger stellt deshalb auch keinen Wasseranschluss bereit. Während seines Aufenthalts in der Slumgemeinde bekommt Forscher Marks viele Klagen zu hören. «Das ist nicht fair», sagt eine ältere Bewohnerin zu ihm. «Jeder Haushalt sollte Zugang zu Leitungswasser haben.»

Die meisten BewohnerInnen der Slumsiedlungen von Khon Kaen waren früher Bauern und Bäuerinnen, so wie Laam Lakul. Doch für viele von ihnen ist die Landwirtschaft keine Option mehr: Sie verloren ihre Grundstücke, nachdem sie sich in schlechten Erntejahren überschuldet hatten. Das Problem sei auch in Ban Pho Tak allgegenwärtig, erzählt Frau Laam, während sie vor dem Holzhaus ihres Sohnes im Schatten sitzt. Viele ihrer NachbarInnen hätten sich Geld von Kredithaien geliehen, sagt sie. Diese verlangen oftmals 10 bis 20 Prozent Zinsen im Monat. «Es ist äusserst hart, das zurückzubezahlen», sagt Laam.

Ihre Familie blieb von extremen Finanzproblemen bisher verschont – wegen des Einkommens ihres Sohns und weil Frau Laam in guten Jahren auch immer etwas Reis für schlechte Zeiten zurücklegt. Die Bäuerin trägt am rechten Handgelenk ein Armband aus weissen Baumwollfäden, die von buddhistischen Mönchen gesegnet wurden – eine weit verbreitete Tradition in diesem Teil des Landes, die Gesundheit und Glück bringen soll. Doch die Kraft des Glücksbringers ist begrenzt. Frau Laam fürchtet, dass es immer schwerer wird, von der Landwirtschaft zu leben. «Die Dürren werden wieder und wieder kommen», ist sie überzeugt. Sie glaubt, dass auch die Landwirtschaft selbst eine Mitschuld daran trägt: Nach jeder Saison verbrennen die Bauern und Bäuerinnen der Region die Ernterückstände auf dem Feld statt sie einzusammeln und zu entsorgen. «Auch das trägt zur Erderwärmung bei», sagt Frau Laam.

In ihrer Familie wird Laam Lakul wohl die letzte Reisbäuerin sein. Ihr Sohn habe kein Interesse daran, die Landwirtschaft zu übernehmen. Sein Verwaltungsjob sei deutlich attraktiver. «Ich selbst werde hier weiterarbeiten, solange bis ich es nicht mehr tun kann», sagt sie. «Mein Schicksal als Bäuerin ist zu 100 Prozent von der Natur abhängig.»

Hoffen auf den Regen: Laam Lakul, die wohl letzte Reisbäuerin in ihrer Familie.



Humanitäre Hilfe stärken

Wie können Menschen geschützt werden, die wegen der Auswirkungen des Klimawandels fliehen?

Étienne Piguet, Professor an der Universität Neuenburg, gibt Auskunft. Interview: Nadia Boehlen



Wie hier in Bangladesch raubt der steigende Meeresspiegel vielen Menschen die Lebensgrundlage.

► **AMNESTY:** Wie viele Flüchtlinge gibt es aufgrund des Klimawandels?

◀ **Étienne Piguet:** Wir können «Klimaflüchtlinge» nicht genau bestimmen und zählen, da Migration mehrere Gründe hat. Wenn zum Beispiel jemand wegen Dürre fliehen muss, liegt das häufig auch daran, dass auf politischer Ebene nicht genügend Massnahmen getroffen wurden, um Hungersnöte zu vermeiden. Man kann jedoch davon ausgehen, dass Umweltschäden direkt oder indirekt zur Flucht von Dutzenden Millionen Menschen auf der ganzen Welt beitragen und dass sich das Problem mit dem

Klimawandel verschärft: steigende Meeresspiegel, heftigere Wirbelstürme, Dürren, etc.

► **Sind einige Teile der Welt stärker betroffen als andere?**

◀ Migrationsbewegungen aufgrund von Umwelteinflüssen finden hauptsächlich innerhalb der Staaten und über kurze Distanzen statt. Bei Wirbelstürmen suchen die Menschen beispielsweise in der unmittelbaren Umgebung Zuflucht, bevor sie versuchen, ihre Dörfer wieder aufzubauen. Nur selten überschreiten sie eine Grenze. Am stärksten betroffen vom Klimawandel sind leider wirtschaftlich benachteiligte Regionen und Länder: Südostasien, Westafrika, Ägypten, Bangladesch etc.

► **Unterschätzen die Staaten die Bedeutung von Klimaflucht?**

◀ Die reichen Länder überschätzen die Gefahr, dass Menschen wegen Umweltschäden zu ihnen fliehen. Das verstärkt den Reflex, die Grenzen zu schliessen. Andererseits unterschätzen wir sicherlich den Bedarf an humanitärer Hilfe, den Umwelt-

vertriebene in Zukunft haben werden, wenn wir die globale Erwärmung nicht in den Griff bekommen.

► **Warum werden Klimamigranten nicht in die internationale Flüchtlingspolitik einbezogen?**

◀ Die juristische Definition von Flüchtlingen stammt aus dem Jahr 1951, Umweltursachen werden nicht als Fluchtgrund genannt. Seither wollte kein Uno-Hochkommissar für Flüchtlinge diese Definition anrühren, weil die Angst besteht, dass dann der Schutz für «politische» Flüchtlinge geschwächt werden könnte.

► **Wie könnten die derzeitigen Lücken im Völkerrecht geschlossen werden?**

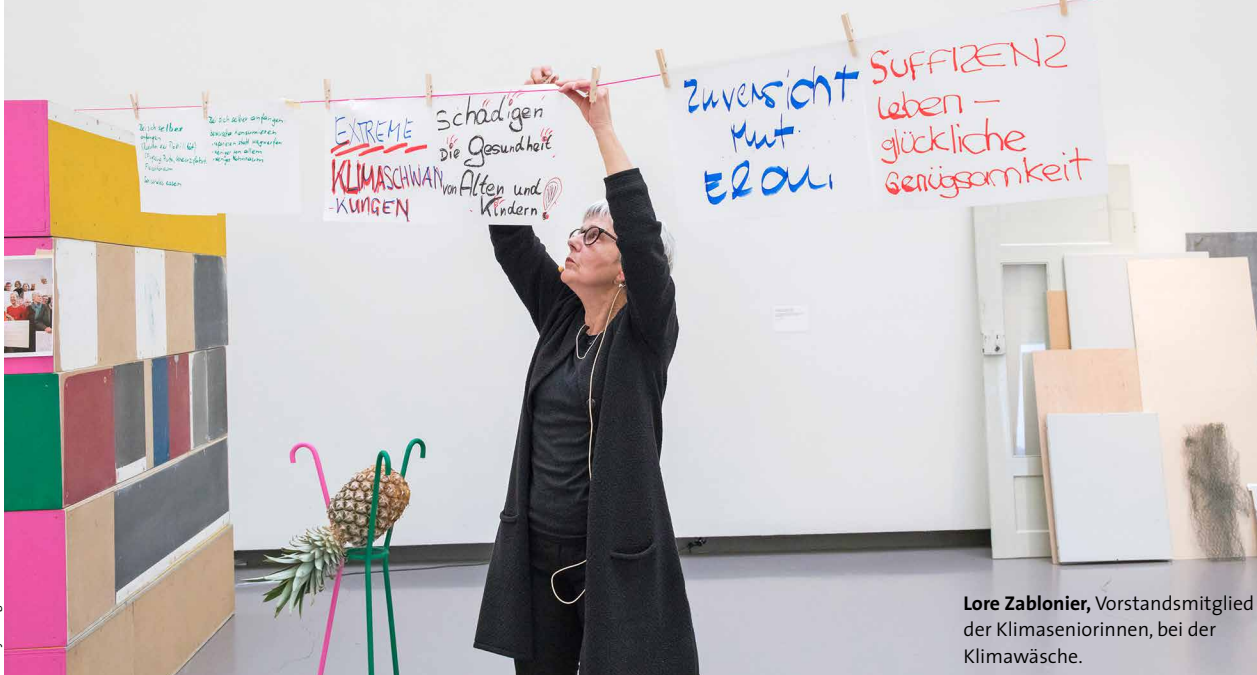
◀ Das ist ein sehr heikles Thema. Die Gewährung von Rechten an eine so grosse Gruppe von Menschen – wie sie von Menschenrechtlern in gutem Glauben gefordert wird – könnte für Migranten sogar nachteilig wirken. Die Staaten würden wohl die Abschottungsmassnahmen verstärken, um den Zugang zu diesen Rechten einzuschränken. Ein Migrant kann erst im Aufnahmestaat Schutz beanspruchen.

► **Die Uno schlägt Massnahmen auf regionaler Ebene vor. Eine gute Lösung?**

◀ Da die meisten dieser Fluchtbewegungen innerhalb von Staaten stattfinden, ist humanitäre Hilfe die vielversprechendste Form der Solidarität. Dies ist Teil der gesamten Debatte über die Verantwortung der reichen Länder und mögliche Ausgleichszahlungen. Ein globaler Fonds zur Unterstützung von Migranten, die aufgrund von Umweltschäden fliehen müssten, könnte eine zukunftsträchtige Lösung sein. |



Étienne Piguet ist Professor an der Universität Neuenburg. Er untersucht Migrationspolitiken, Flüchtlingsbewegungen und Migration im Zusammenhang mit der Umwelt und dem Klimawandel.



Lore Zablonier, Vorstandsmitglied der Klimaseniorinnen, bei der Klimawäsche.

«Das reicht uns nicht»

Bei Hitze im Haus bleiben und die Rollläden herunterlassen? Mit diesem Ratschlag wollen sich die Klimaseniorinnen nicht abspesen lassen. Sie fordern, dass der Bund mehr gegen die globale Erwärmung tut.

Von Carole Scheidegger

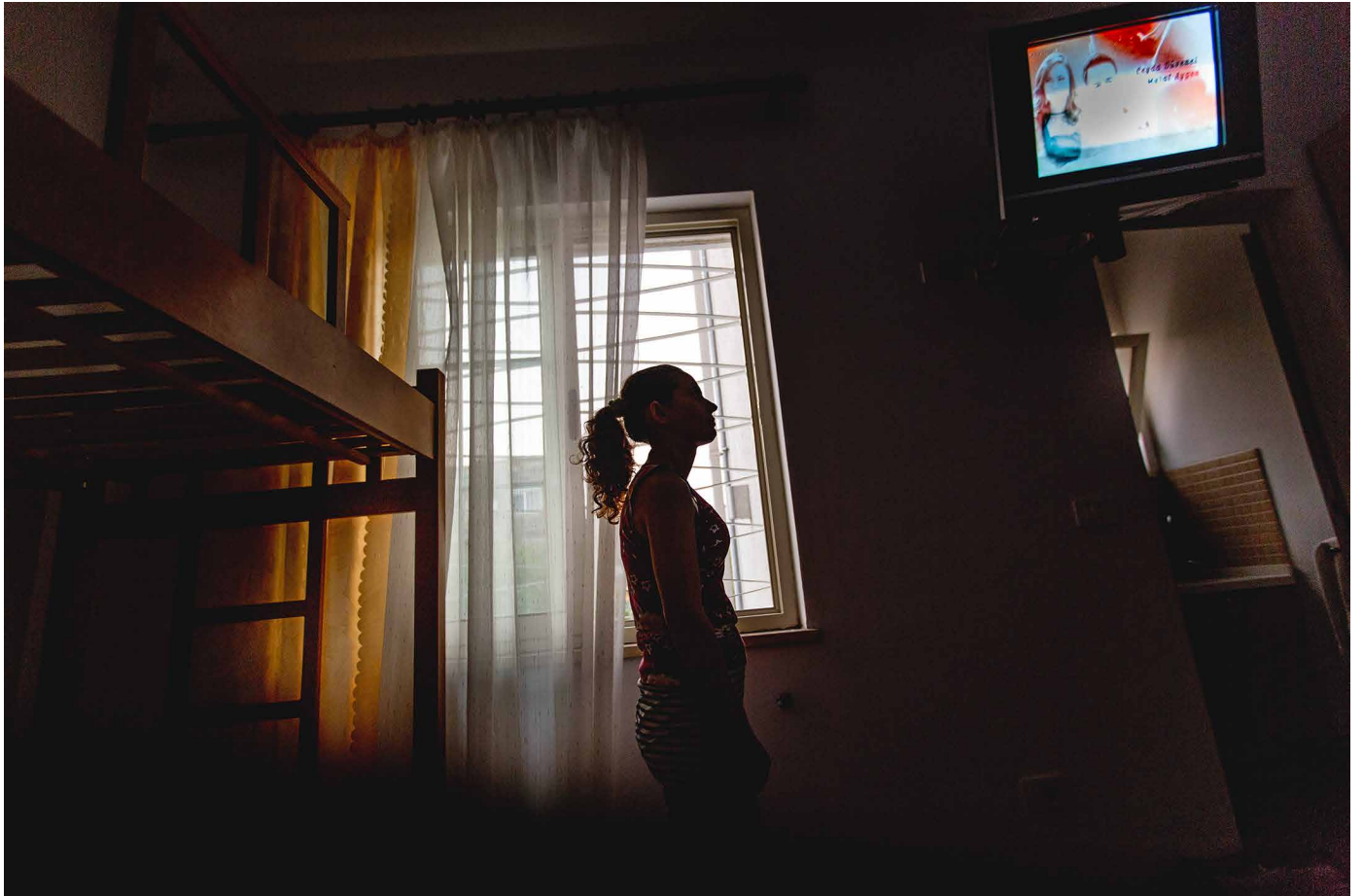
Wie geht eine Klimawäsche? Heidi Witzig weiss es. Sie steht in einem Saal des Zürcher Kunsthauses und bittet die rund 50 Menschen vor ihr, bei der Wäsche mitzumachen. In kleinen Gruppen sollen die AusstellungsbesucherInnen zusammensitzen und konkrete Massnahmen diskutieren, mit denen der Klimawandel aufgehalten werden kann. Die Aktion findet im Rahmen der Ausstellung «Autorreconstrucción: Social Tissue» des mexikanischen Künstlers Abraham Cruzvillegas statt.

Die Historikerin Heidi Witzig ist eine von rund 1000 Klimaseniorinnen in der Schweiz. Dieses Projekt, von Greenpeace initiiert und unterstützt, erfuhr bei der Lancierung eine hohe Medienaufmerksamkeit. Damen im besten Alter, wie es so schön heisst, wandten sich im November 2016 mit einer Klage an den Bundesrat und drei Bundesbehörden. Bekannt wurde sie als «Klimaklage», der juristische Titel war weniger knackig: das «Begehren um Einstellung von Unterlassungen im Klimaschutz». Die Antwort des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) kam ein halbes Jahr später und ging gar nicht auf das Anliegen ein, sondern hielt einfach fest, die Klimaseniorinnen seien nicht klageberechtigt. Gegen diesen Nichteintretensentscheid hat der Verein eine Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht eingereicht, die bei Redaktionsschluss noch hängig war.

Es geht um uns | Die Seniorinnen wollen zeigen, dass der Klimawandel nicht nur Menschen auf versinkenden Südseeinseln oder die Eisbären am Polarkreis betrifft, sondern

auch uns hier in Mitteleuropa. Die Argumentation lautet: Von den vermehrten und intensiveren Hitzewellen durch den Klimawandel seien ältere Menschen besonders betroffen, und Frauen noch stärker. Der Hitzesommer 2003 habe mehr als 70 000 zusätzliche Todesfälle in ganz Europa gefordert. Und die Bundesbehörden seien in der Pflicht, dagegen mehr zu tun: Sie würden nämlich nicht genügend dafür leisten, dass die Klimaerwärmung auf 2 Grad begrenzt werden kann, obwohl das im Schweizer CO₂-Gesetz als Reduktionsziel bis 2020 verbrieft ist. «Die Empfehlung des Bundes an uns ist: Wenn es heiss wird, sollen wir die Rollläden herunterlassen und im Haus bleiben», sagt Klimaseniorinnen-Vorstandsmitglied Lore Zablonier. «Das reicht uns einfach nicht!» Die Seniorinnen sind bereit, mit ihrem Anliegen notfalls bis vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu gehen.

Zurück ins Kunsthaus: Die BesucherInnen – es überwiegend die älteren Semester – machen engagiert mit, schreiben Zeilen wie «weniger fliegen», «Bio-Landwirtschaft», «kein Fleisch essen» auf ihre Blätter und hängen sie an eine Wäscheleine. Dann folgt die Diskussion. Man ist sich ziemlich einig, was es zu tun gälte, will aber niemanden bevormunden. «Soll ich meine Bekannten, die ständig Fernreisen mit dem Flugzeug machen, darauf hinweisen, wie schlecht das fürs Klima ist?», fragt eine Besucherin. Nein, denken die anderen – vielleicht begehrt man ja selbst eine Klimasünde, man solle also besser vor der eigenen Haustüre wischen. Wichtig sei es, die richtige Balance zu suchen. «Alles sollte ausgewogen sein», ruft Heidi Witzig ihren Gästen als Schlusswort zu. |



Gewalt ist uncool

Sie sollen aufhören, ihre Frauen zu schlagen und zu Männern werden, die das nicht nötig haben. Mit Hilfe eines Präventionsprojekts lernen Täter in Albanien, auf Gewalt und Drogen zu verzichten und Frauen zu achten. Von Andrea Jeska (Text) und Klaus Petrus (Bilder)

Manche Frauen müssen vor ihren Ehemännern flüchten, sie leben im Verborgenen.

Wie geht das? Wie kann man als Mann die Männerbilder in einer traditionellen Gesellschaft verändern? Wenn man selber nicht recht weiss, wie er denn sein sollte, der moderne Mann. Ein Mann, der nicht zuschlägt, wenn es schwierig wird? Der eine gleichberechtigte Beziehung führen kann, der auch abwäscht und das Kind wickelt? Der sich dabei nicht als Schwächling fühlt, sondern dennoch als Mann?

«Tja, wie geht das?», fragt Endrit Uligaj seufzend. «Nur wenn man bei sich selber anfängt.» Bei der eigenen Wahrnehmung von Männlichkeit und dem Verhalten Frauen gegenüber. Er habe viel über sich lernen müssen, sagt Uligaj. «Ich war den Männern, die ich therapieren soll, oft sehr ähnlich.»

Ein wenig verlegen ob dieser Antwort streicht Uligaj mit den Händen über den langen Konferenztisch im Büro seiner Organisation, die eigentlich eine Frauenorganisation ist. Der 39-jährige Sozialarbeiter hat eine Spezialausbildung in psychologischer Betreuung und beschäftigt sich nun mit gewalttätigen Männern. Das Ziel des 2014 begründeten Präventionsprogramms besteht darin, den Männern das Schlagen abzugewöhnen. Und die Jugend so zu bilden, dass sie gar nicht erst damit anfängt.

Gesetz bewirkt wenig | Seit der Gründung dieses Gewaltpräventionsprogramms haben gerade einmal 36 Männer den Weg in Uligajs Büro gefunden. In Albanien, wo Gewalt gegen Frauen oft nicht als Gewalt gilt, ist das schon viel. Es gibt zwar ein Gesetz gegen häusliche Gewalt, aber wenige Männer landen deshalb tatsächlich vor Gericht oder im Gefängnis.

Gerne hätten wir aus dem Mund dieser Männer gehört, ob sich ihr Verhältnis zu Gewalt durch die Gespräche änderte. Ob sie bedauern, sich gar schämen? Doch Uligaj ist überzeugt, dass nicht einer mit der Presse sprechen würde. «Vor Fremden würden sie niemals über ihre Gefühle sprechen!» Sie alle seien nämlich verurteilte Gewalttäter, denen es zur Bewährungsaufgabe gemacht wurde, die Gewaltspirale mit Hilfe eines Anti-Aggressions-Programms zu durchbrechen.

Uligajs Büro liegt in einer kleinen Strasse in der Stadt Shkodra in Nordalbanien, in der die Zahl der Gewaltdelikte gegen Frauen besonders hoch sei. Shkodra, bis 1920 Albaniens Hauptstadt, ist ein beschauliches Städtchen mit einer jungen Bevölkerung, einer Universität, vielen Cafés, Restaurants und Bars. Es fällt schwer, in den flanierenden Studentinnen mit ihren kurzen Röcken und hohen Absätzen Töchter zu sehen, die schon bald mit einem Fremden verheiratet werden und fortan dessen Familie dienen sollen. Doch auf den zweiten Blick sieht man, dass in den meisten Cafés nur Männer sitzen und die jungen Frauen von Männern begleitet werden, die wohl nicht ihre Freunde, sondern eher ihre Brüder sind.

Eine Stunde Fahrt entfernt von Shkodra beginnen die albanischen Alpen: Eine Bergregion, von der man behauptet, dass dort keine staatlichen Gesetze gelten würden, sondern der Kanun, ein uraltes Regelwerk, aus dem auch die Blutrache hervorgegangen ist. 10 000 der 96 000 Bewohnerinnen und Bewohner von Shkodra sind Zugewanderte aus diesen armen Bergdörfern. Sie brachten den Kanun und ihre Sitten in die Stadt und damit die Regel, dass Männer alle Rechte und Frauen so gut wie keine haben.

Viele Gewalttaten sind in Albanien der Armut, der Hoffnungslosigkeit, der Verzweiflung geschuldet. Wie die anderen Balkanländer ist auch Albanien jung, das Durchschnittsalter liegt bei 33 Jahren. Für die wenigsten gibt es Arbeit aus-

serhalb der Landwirtschaft. Fast die Hälfte der Bevölkerung ist seit dem Ende der Diktatur im Jahr 1990 ins Ausland migriert. Oder vom Land in die Städte, wodurch dort der soziale und wirtschaftliche Druck wächst.

Gewalt ist nicht männlich |

«Bëhu burrë»: «Sei ein Mann!» steht an einer Wand von Uligajs Büro. Es ist das Motto einer gross angelegten Bildungsinitiative in den Balkanländern, die das gängige Männerbild infrage stellt. Nicht allein, um Frauen und Kinder vor der Gewalt ihrer Väter, Brüder und Ehemänner zu schützen, sondern auch, um die männliche Jugend dieser Länder vor einem Abrutschen in Kriminalität, mafiose Kreise oder Drogenabhängigkeit zu bewahren. Die Botschaft: Gewalt und Drogen sind nicht cool oder männlich. Ändere dich. Ändere die Spielregeln. Ändere die Gesellschaft.

Teil dieser Initiativen sind Workshops in Schulen und Universitäten, in denen Männerbilder untersucht und aufgebrochen werden, Anti-Gewalt-Kurse, Ausstellungen, Fotowettbewerbe, Strassenfeste. In Theaterstücken und Filmen wird vermittelt, dass ein guter Mann kein Macho ist, sondern sich für die Rechte von Mädchen einsetzt und Bildung besser findet als Boxen. In Kosovo ist die Initiative bislang am erfolgreichsten, dort geht es inzwischen auch um die Rechte von Homosexuellen und gleichgeschlechtliche Beziehungen.

«Davon sind wir weit entfernt», sagt Uligaj. In Albanien gehe es zunächst mal um die Grundlagen: Die Betrachtung einer Frau als Eigentum ihres Mannes, zum Beispiel. «Wir kämpfen gegen zwei Dinge: Traditionen und Perspektivlosigkeit.»

Wie viele Männer ihre Frauen schlagen, darüber hat auch Uligajs Team keine verlässlichen Zahlen. In den vergangenen Jahren gab es aber einen Anstieg der gemeldeten Gewalttaten. Deshalb nimmt Uligaj an, dass die Aufklärungsarbeit über häusliche Gewalt inzwischen

Erfolg habe. «Früher haben die Frauen erduldet und nie darüber gesprochen. Das war ein Tabu. Jetzt zeigen mehr und mehr Frauen ihre Männer an.»

Weil die Männer nicht freiwillig zu Uligaj kommen, ist es oft schwer, sie überhaupt zu erreichen. «Wir starten weit im Minus», so Uligaj. «Die Männer sagen: Erzähl mir nicht, was ich mit meiner Frau machen darf und was nicht. Ich habe sie geheiratet, ich ernähre sie, ich gebe ihr ein Dach über dem Kopf und meinen Namen.» Man müsse sehr behutsam sein, damit die Männer nach der ersten Sitzung überhaupt wiederkämen. Wie kann man sich das vorstellen? Uligaj wendet sich einem imaginären Gesprächspartner zu, streckt leicht die Hände wie eine Willkommensgeste vor, sagt dann: «Ich bin froh, dass du hier bist. Das ist ein grosser Schritt, den du heute getan hast. Ich schätze deinen Mut.» Und das funktioniert? «Nicht immer, nicht sofort. Da ist ein grosser Widerstand. Aber die Männer, die hier sitzen, leiden ja auch unter ihrer Aggressivität. Viele ekeln sich oft vor der Gewalt, die sie ausüben. Und sie müssen einsehen, dass ihre Handlungen kriminell sind.»

Alle einbeziehen | Dass Endrit Uligaj sein eigenes Männerbild infrage zu stellen begann, liegt nicht nur an seinem Job, sondern auch an Atila Uligaj. Die 27-Jährige ist seine Ehefrau und Leiterin der Hilfsorganisation Gruaja tek Gruaja (Frauen für Frauen), die sich um die Opfer von Männern kümmert, wie sie Endrit therapiert. Frauen, die aus Zwangsehen flohen und nicht wissen wohin, weil ihre Familien sie nicht zurücknehmen. Die untertauchen müssen, weil ihre Ehemänner sie bedrohen, und juristische und psychologische Hilfe brauchen. Dies seien 150 bis 200 Frauen pro Jahr, sagt Atila Uligaj. «Viele dieser Frauen sind über lange Zeit massiv misshandelt worden, haben Knochenbrüche und andere Verletzungen erlitten.»



Endrit Uligaj (links) in seinem Büro in Shkodra: «Man muss bei sich selber anfangen. Mit der eigenen Wahrnehmung von Männlichkeit. Und dem Verhalten Frauen gegenüber.»

Die Hoffnungen auf andere Zeiten ruhen auf der Generation, die nach dem Ende des Kommunismus geboren wurde, mit Fernsehen und Internet aufwuchs, mit anderen Männerbildern.

Das Problem der Gewalt sei komplex und vielschichtig, man könne es ohnehin nur ganzheitlich lösen, sagt Atila Uligaj. «Familie, Opfer, Täter, Kinder, manchmal die Nachbarschaft: Alle müssen einbezogen werden, um etwas zu ändern.» Auch das Paar Uligaj sei noch vom klassischen Rollenverhalten geprägt. «Wir kommen aus Familien, in denen die Väter das Sagen hatten und die Frauen sich unterordneten. Als Paar wiederholen wir dieses Verhalten oft, trotz unserer aufgeklärten Wahrnehmung.»

Die Hoffnungen auf andere Zeiten ruhen auf der Generation, die nach dem Ende des Kommunismus geboren wurde, mit Fernsehen und Internet aufwuchs, mit anderen Männerbildern. Sie seien nun erwachsen und hätten anderes im Kopf als Ehre und Rache, als dieses ganze patriarchalische Verhalten, sagt Endrit Uligaj. «Sie werden die alten Strukturen abschaffen.» |

«Fussball ist ein Schutzraum»

Lesben, Schwule und Transmenschen werden in Russland durch Gesetze und im Alltag massiv diskriminiert. Sport spielt eine wichtige Rolle, um sich in einem feindseligen Umfeld zu behaupten. Von Ronny Blaschke

Ein Zeltdach überspannt den kleinen Kunstrasenplatz am Stadtrand von Moskau. Von aussen kann man nicht hineinschauen, das ist Sorina besonders wichtig. Über ihrer schwarzen Trainingsjacke schlackert ein orangefarbenes Leibchen, ihre mittellangen Haare hat sie zu einem Zopf gebunden. Wenn sie mit einem kräftigen Schuss das Tor verfehlt, lächelt sie trotzdem. Sie klatscht sich mit ihren Gegnerinnen ab, sie machen Witze, umarmen sich. «Es geht uns nicht nur um das Gewinnen», sagt sie später. «Fussball ist für uns ein Schutzraum. Hier müssen wir keine Rolle spielen, hier geht es um uns.»

Ihren Nachnamen möchte sie nicht nennen, denn Sorina ist lesbisch. Die 33-Jährige ist in Tomsk aufgewachsen, im westlichen Teil Sibiriens. Als sie elf war, nahm ihr Vater sie zum ersten Mal mit ins Stadion. Seitdem ist sie dem Fussball verfallen. Doch selbst zu kicken in der Machogesellschaft Russlands? Das traute sie sich lange nicht zu.

Eigenes Team gegründet | Als sie 14 war, las ihre Mutter ihr Tagebuch und fand heraus, dass sie eine lesbische Tochter hatte. Daraufhin verschlechterte sich ihr Verhältnis, und Sorina schottete sich immer weiter ab. Erst an der Univer-

sität stellte sie fest, dass es andere Studentinnen gab, die ebenfalls Frauen liebten. Sie wollten traditionelle Geschlechterbilder abstreifen und gründeten das Fussballteam «1604», nach dem Gründungsjahr ihrer Stadt.

Für ein Interview mit Sorina treffen wir uns in einem kleinen Gemeindezentrum in einem Hinterhof in Moskau. Als es an der Tür klingelt, schreckt sie kurz hoch. Sie geht zur Gegensprechanlage, blickt auf den Bildschirm und ist erleich-

tert: Keine Neonazis, keine wütenden Nachbarn, keine Behörden. Sie öffnet einem Bekannten die schwere Eisentür, als sei sie eine Sicherheitskraft in einer Bank. «Wir werden im russischen Fussball doppelt diskriminiert», sagt Sorina. «Weil wir Frauen sind und weil wir lesbisch sind.»

Nach ihrem Architekturstudium in Tomsk zog Sorina nach Moskau, wo sie fast niemanden kannte. In den sozialen Medien stiess sie auf die Russian LGBT Sport Federation, einen Sportverband mit 1700 Mitgliedern. Wieder gründete sie ein Fussballteam. Fussballspielen gibt den Spielerinnen Selbstvertrauen und ermöglicht es ihnen, auszubrechen, zumindest für ein paar Stunden. Sorina hat Spass daran, andere zu motivieren, doch bringt das auch Gefahren mit sich.



Beim Training: «Hier müssen wir keine Rolle spielen, hier geht es um uns.»



Fussball vernetzt: Aktivistin Sorina; Sportler und Sportlerinnen bei den Euro Games 2015; Alexander Agapov, der Präsident des russischen LGBT-Sportverbands.

Sport ist unverdächtig | Zivilgesellschaftliche Organisationen stehen in Russland seit einigen Jahren stark unter Druck. Seit 2012 müssen sich Nichtregierungsorganisationen als «ausländische Agenten» registrieren lassen, wenn sie finanzielle Unterstützung aus dem Ausland erhalten und «politisch tätig» sind. Tausende Aktivisten und Aktivistinnen gaben seither auf, gingen ins Ausland oder halten sich mit Kritik zurück. Die Russian LGBT Sport Federation ist nicht als «ausländischer Agent» registriert, denn Sport gilt in Russland als vergleichsweise unpolitisch. Gegenüber Behörden und Hallenvermietern stellt Sorina ihr Team als einen Kreis von alten

Schulfreundinnen vor. Sie betont, dass es um Bewegung und Gesundheit gehe, unverdächtige Themen. Zweimal pro Woche nutzen sie die späten, weniger nachgefragten Abendstunden. Sie verlassen die Hallen in kleinen Gruppen, kommunizieren in geschlossenen Foren. «Und im Sommer warten wir, bis ein Platz frei wird.»

Halle geräumt | Neben sportlichen Aktivitäten organisiert der LGBT-Verband immer wieder auch Partys, Lesebände und Festivals. So zum Beispiel 2013 die «Open Games» mit 300 Teilnehmenden. Zu den prominenten Gästen zählten der US-Olympiasieger und

Weltmeister im Wasserspringen, Greg Louganis, und die niederländische Sportministerin Edith Schippers. Beide verliessen die «Open Games» vorzeitig. Minuten später liess die Polizei die Halle räumen, angeblich wegen Terrorgefahr. Andere Sportstätten und Hotels zogen ihre Unterstützung zurück und begründeten dies mit Überbuchungen, Stromausfällen und Sanitärproblemen. In einer Halle zündeten Vermummte eine Rauchbombe. Seitdem bucht der Verband für grössere Veranstaltungen einen Sicherheitsdienst.

Die Tätigkeiten des Verbands werden nicht nur durch das «Agentengesetz» massiv erschwert: Seit 2013 ist es in Russland verboten, gegenüber Minderjährigen positiv über Homosexualität zu sprechen. Der Schock, den dieses Gesetz auslöste, wirkt bis heute nach, auch bei Alexander Agapov, dem Präsidenten der Russian LGBT Sport Federation. An einem Sonntagnachmittag befestigt er im Goethe-Institut in Moskau eine Regenbogenflagge an der Bühne – an einem Sonntag, weil dann garantiert keine

Der russische LGBT-Sportverband kritisiert, dass die Fifa ein WM-Quartier in Tschetschenien zulies, obwohl in der Region Homosexuelle gefoltert und ermordet wurden.



«Der Sport ermöglicht Begegnungen und hilft bei der persönlichen Emanzipation.»

Netzsperrungen, Vorratsdatenspeicherung und Einschränkungen der Versammlungsfreiheit. 2014, 2015 und 2016 wurden jeweils etwa 1000 Menschen wegen «staatsfeindlicher Aktionen» inhaftiert – 2017 waren es rund 4000.

Trotzdem bestehen Hoffnungen rund um die WM: Die Aktivistin Sorina möchte sie zum Anlass nehmen für Workshops, Fanturniere oder eine Ausstellung. Frühere Weltmeisterschaften haben nicht nur Fans zusammengebracht, sondern auch Wissenschaftlerinnen, Sozialarbeiter, Fanbetreuer. Die Weltmeisterschaft in Deutschland 2006 strahlte damals auf alle Bereiche des Fußballs aus, auch auf die Frauenligen.

Wie wird es in diesem Jahr sein? Die erste russische Liga der Frauen zählt gerade mal acht Teams, landesweit existieren nur rund 30 grössere Frauenvereine. Eine landesweite Talentförderung wie in Deutschland, den USA oder Schweden gibt es nicht. «Der Fussball spiegelt die gesellschaftliche Entwicklung wider», sagt Sorina. «Frauen gehören für viele in die Küche.»

Alexander Agapov sieht in der WM eine Chance, auf vernachlässigte Themen aufmerksam zu machen. Er ist in diesen Monaten viel unterwegs. Zum Beispiel im März in Zürich, wo im pompösen Hauptquartier des Weltfussballverbandes Fifa 250 Gäste eine Konferenz zu «Gleichberechtigung und Inklusion» verfolgten. Als die Moderatorin die Diskussion fürs Publikum öffnete, hob Alexander Agapov sofort die Hand, obwohl er nervös war. Er erzählte den Gästen, dass er bei der Fifa und deren Sponsoren um Unterstützung gebeten, aber unbefriedigende Antworten erhalten habe. Und er

kritisierte, dass ein WM-Quartier in Tschetschenien zugelassen wurde, obwohl in der Region Homosexuelle gefoltert und ermordet wurden. Nach dem Kommentar Agapovs herrschte Stille, auf dem Podium fühlte sich niemand angesprochen. Einige Konferenzteilnehmende wunderten sich auf Twitter und Facebook, warum die Rechte von LGBTI (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transmenschen und Intergeschlechtliche) bei der Fifa nicht stärker zur Sprache kommen. Denn gemäss ihrer eigenen Menschenrechtspolitik wäre die Fifa dazu verpflichtet, sich im Kontext ihrer Tätigkeiten aktiv gegen Diskriminierung einzusetzen. In der Mittagspause sprach Agapov mit Verbandsmitarbeitenden, die ihm Unterstützung zusicherten.

Fernziel Geschäftsstelle | Alexander Agapov hat es nicht leicht, in Russland einen ordentlich bezahlten Job zu finden, sein Ehrenamt macht ihn zu einer öffentlichen Figur. Und der LGBT-Sportverband benötigt Geld für seine Veranstaltungen und um SportlerInnen zu unterstützen, aber bis heute hat sich in der Zivilgesellschaft keine verlässliche Spendenkultur gebildet. Irgendwann möchte die Russian LGBT Sport Federation eine eigene, kleine Geschäftsstelle haben, auch wenn sie vermutlich kein grosses Namensschild über die Tür hängen kann. |

Sprachschüler vor Ort sind. Anschliessend wird der Film «Wonderkid» gezeigt, der von einem schwulen Jugendkicker handelt. Alexander Agapov hatte jedem Publikumsgast die Anfahrsbeschreibung persönlich geschickt. Es gab keine Plakate, keine Onlinewerbung. Alexander Agapov ist ein nachdenklicher, wortgewandter Mann, mit Interessen weit über den Sport hinaus. Der 35-Jährige ist unter schwierigen Verhältnissen in einem Moskauer Vorort aufgewachsen. Er studierte Geschichte, war sich früh seiner schwulen Identität bewusst und führte das Leben eines Einzelgängers. Agapov wurde gemustert, bedroht, einmal sogar überfallen. Im Internet fand er die Russian LGBT Sport Federation. Agapov erklärt: «In den kleinen Städten der Provinz gibt es keine Schwulenbars. Der Sport ermöglicht Begegnungen und hilft bei der persönlichen Emanzipation.»

WM als Chance | Als die Olympischen Winterspiele 2014 nach Sotschi und die Fussball-WM 2018 nach Russland vergeben wurden, hofften viele Aktivistinnen und Aktivisten auf einen Rückgang der Repressionen. Doch das Gegenteil war der Fall: Stattdessen gab es

Ronny Blaschke ist freier Journalist in Berlin. Sein Schwerpunkt ist der gesellschaftliche Hintergrund des Sports.

Keine Gnade für Minderjährige

Sie werden wie Erwachsene verhaftet, inhaftiert und verurteilt: Immer mehr palästinensische Kinder und Jugendliche geraten in Israels Militärjustiz. Sie werden nicht gemäss der Kinderrechtskonvention behandelt. Dies sagt Abdulkarim Sadi von der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem.

Interview: Reto Rufer. Mitarbeit Manuela Reimann Graf

► **AMNESTY:** Gemäss Angaben von Menschenrechtsorganisationen wurden alleine im Januar und Februar dieses Jahres mehr als 1300 Palästinenserinnen und Palästinenser durch die israelische Armee verhaftet, unter ihnen 270 Minderjährige. Wie kam es zu dieser hohen Zahl von Verhaftungen?

Abdulkarim Sadi: Seit Anfang 2018 haben wir durch unser Monitoring festgestellt, dass die Armee in der Westbank verstärkt auch Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren verhaftet. Sie werden von der Armee meistens mitten in der Nacht festgenommen, auch Kindern werden die Augen verbunden und die Hände zusammengebunden. Stunden später werden sie – müde, hungrig und verängstigt – von der israelischen Polizei befragt, ohne von einem Anwalt oder einem Familienmitglied begleitet zu werden. Oft erst Tage später werden sie in eine Haftanstalt innerhalb Israels gebracht. Dieser Transfer in ein Gefängnis in Israel ist gegen internationales Recht.

► **Was wird den Kindern und Jugendlichen vorgeworfen?**

◄ Wenn die israelischen Soldaten in palästinensische Wohngebiete eindringen, werden sie oft von Kindern mit Steinen beworfen. Die Soldaten reagieren zumeist mit Tränengas und Gummigeschossen. Dieses Steinwerfen reicht als Grund, die Kinder zu verhaften. Das Ziel dieser Festnahmen sind natürlich die Eltern, die palästinensische Gesellschaft. Sie soll in ihrem Herzen getroffen werden.

► **Sie haben beschrieben, wie die Kinder bei der Verhaftung und danach wie Er-**

verhaftet wurden, und ihre Familien interviewt. Fast alle Kinder sagten aus, dass sie vernommen wurden, ohne dass eine erwachsene Begleitperson dabei gewesen wäre. Die Polizei verwendete dabei harte Befragungstechniken, wie Anbrüllen oder Drohungen gegen ihre Familien. Man bedenke: Das sind Kinder!

► **Man hört auch über Folter und Miss-handlung von Minderjährigen während des Arrests.**

◄ Ja, unsere Studien bestätigen dies. Einige sprechen von Schlägen, anderen wurde das Trinken oder Nahrung sowie der

Natürlich verletzt Israel die Kinderrechtskonvention, und nicht nur diese.

wachsene behandelt werden, obwohl dies gegen die Kinderrechte verstösst.

◄ B'Tselem hat den Umgang mit verhafteten Kindern untersucht und dokumentiert. Wir haben viele Minderjährige, die

Gang zur Toilette verweigert. Es gibt auch sexuelle Übergriffe. Dazu kommt Schlafentzug und natürlich, dass sie von ihren Eltern getrennt werden. Ich habe Kinder getroffen, die ihre Eltern bis zu sechs Monate nicht sehen durften. Sie sahen sie letztmals vor Gericht und dort durften sie nicht einmal mit ihnen sprechen.

► **Israel hat die Internationale Kinderrechtskonvention unterzeichnet, welche die Verhaftung von Minderjährigen nur als allerletzte Massnahme vorsieht.**

◄ Natürlich verletzt Israel die Kinderrechtskonvention, und nicht nur diese. Die israelischen Behörden verteidigen sich damit, dass die Kinder von den Eltern zu Gewalt-



Abdulkarim Sadi ist Researcher bei der israelischen NGO B'Tselem. B'Tselem wurde 1989 von israelischen Anwältinnen, AkademikerInnen und Knesset-Abgeordneten gegründet und sieht ihre Aufgabe darin, Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten nachzuweisen und die israelische Öffentlichkeit aufzuklären. Ziel ist es, damit die israelische Politik in den besetzten Gebieten zu ändern und letztlich die Besatzung zu beenden.



Israelische Sicherheitskräfte verhaften ein palästinensisches Kind bei Protesten am Jahrestag, an welchem der Vertreibung von Hunderttausenden PalästinenserInnen im Jahr 1948 gedacht wird.

akten angestiftet würden. Das finde ich eine unerhörte Unterstellung! Es sind die israelischen Soldaten, die schwerbewaffnet in die Quartiere, Gärten und Wohnungen der Familien eindringen. Sie sind es, die provozieren, nicht die Kinder. Die Besatzung kam zu ihnen, nicht umgekehrt.

► Von israelischer Seite heisst es auch, die Kinder und Jugendlichen würden die israelischen Soldaten genauso wie Erwachsene an Leib und Leben gefährden, indem sie sie angreifen. Bekannt wurde ja der Fall von Ahd Tamimi, einer 16-Jährigen, die zu 8 Monaten Haft verurteilt wurde, weil sie einen Soldaten getreten und geschlagen hat.

◀ Zunächst: Nicht Ahd Tamimi suchte die Konfrontation, sondern die Soldaten, die auf das Grundstück ihrer Familie eindringen. Zweitens ist eine Strafe von 8 Monaten für eine Jugendliche für das Ohrfeigen eines Soldaten absolut absurd. Der israelische Soldat, der in Hebron ei-

nen wehrlosen Palästinenser in aller Öffentlichkeit erschossen hatte, erhielt im Vergleich nur 9 Monate.

► Die Organisation B'Tselem, für die Sie arbeiten, hat es sich zur Aufgabe gemacht, die israelische Öffentlichkeit über die Realität in den besetzten Gebieten aufzuklären. Was wissen die Israelis über die Lage der palästinensischen Kinder?

◀ Ich denke, dass die Art und Weise, wie palästinensische Kinder behandelt werden, nur dazu dient, den Konflikt und damit die Besatzung zu zementieren. Wenn israelische Eltern wüssten, wie ihre Söhne und Töchter sich während des Militärdienstes in der Westbank benehmen und was sie tun müssen... Doch die Regierung versucht mit allen Mitteln zu verhindern, dass Informationen über den Besatzungsalltag in Israel bekannt werden und dass sich Israelis und Palästinenser begegnen.

Kinder im Gefängnis

Gemäss Unicef, Defense Children International und weiteren Menschenrechtsorganisationen werden jährlich rund 700 Kinder und Jugendliche aus der Westbank durch israelische Militärgerichte strafrechtlich verfolgt. Die häufigste Anklage gegen Kinder ist das Werfen von Steinen, ein Verbrechen, das mit bis zu 20 Jahren Gefängnis bestraft werden kann. Seit 2000 wurden mehr als 12 000 palästinensische Kinder und Jugendliche inhaftiert.

Gemäss der Uno-Konvention über die Rechte des Kindes dürfen Minderjährige bis 18 Jahre nur als letztes Mittel und für den kürzesten angemessenen Zeitraum festgenommen und inhaftiert werden. Israel hat die Konvention 1991 ratifiziert. Für die PalästinenserInnen in der Westbank gilt jedoch seit 1967 das Militärrecht. Dieses wird ständig angepasst. Um den internationalen Standards stärker entgegenzukommen, wurde 2009 ein Jugend-Militärgericht eingerichtet, welches aber nur für die Gerichtsverhandlung zuständig ist. Die Verhöre werden vom «normalen» Militärgericht durchgeführt, dem auch die Erwachsenen unterstehen. 12- bis 14-Jährige müssten nach 24 Stunden vor den Richter gebracht werden, 14- bis 16-Jährige nach 48 Stunden. Das wird jedoch oft nicht eingehalten. Dazu kommt, dass die Strafe nach dem Alter zum Zeitpunkt der Verurteilung und nicht nach dem Zeitpunkt der mutmasslichen Straftat bestimmt wird.

Nach einer Verurteilung werden 60 Prozent der palästinensischen Minderjährigen in Verletzung der Vierten Genfer Konvention in Gefängnisse innerhalb Israels überstellt. Aufgrund der Schwierigkeit für PalästinenserInnen, eine Aufenthaltsgenehmigung für Israel zu erhalten, können die Minderjährigen nur begrenzte oder gar keine Familienbesuche erhalten.

(mre)

«Es kann so lustig sein»

Die junge Historikerin Sophia Polek kämpft seit zwei Jahren für eine gerechtere Asylpolitik. Einfacher ist das nicht geworden – aber es macht immer mehr Spass.

Von Ramin Nowzad

Das Sophia in Basel neue Freunde gefunden hat, liegt auch an Wladimir Putin. «Es ist eine komische Geschichte», sagt Sophia und nippt an ihrem Eistee. Sophia Polek ist blond, zierlich, 26 Jahre alt und schreibt gerade ihre Doktorarbeit in russischer Geschichte. Vor drei Jahren studierte sie ein Jahr lang in Russland.

«In Moskau nahm ich auch an regierungskritischen Demos teil», erinnert sie sich. «Aber ich fühlte mich komisch. Ich war in diesem Land zu Gast, hatte sogar ein Stipendium der russischen Regierung. Irgendwann stellte ich mir die Frage: Was läuft in meinem eigenen Land eigentlich schief?»

Als Sophia vor zwei Jahren nach Basel zurückkehrte, erreichte auch Arkan Gafur gerade die Schweiz. Hinter ihm lag eine Flucht, auf der er sein Leben riskiert hatte. Mit 16 Jahren war er von zuhause aufgebrochen und liess im nordirakischen Kurdistan so ziemlich alles hinter sich, was die Identität eines Menschen ausmacht: seine Eltern, seine Versicherungsnummer, die Orte seiner Kindheit, seinen Job als Autoelektriker, seine Freunde.

Heute ist Arkan 23, sitzt in einer Flüchtlingsunterkunft in Baselland, wartet noch immer auf seinen Asylentscheid und versucht, sich in die Schweiz zu integrieren. Und das macht manchmal sogar Spass. «Es kann so lustig sein, wir besuchen uns, treffen uns am Rhein», sagt Sophia. «Als ich anfing, für eine gerechtere Asylpolitik zu kämpfen, wurde mir schnell klar: Ich will nicht nur über, sondern auch mit Geflüchteten sprechen. Daraus sind extrem spannende Freundschaften entstanden.»

«Wir laufen nicht mit Grabesmine herum» | Seit zwei Jahren engagiert sich Sophia in einer Basler Amnesty-Gruppe. «Wir setzen uns für den Schutz von Geflüchteten ein, aber das heisst nicht, dass wir dauernd mit Grabesmine herumlaufen», erzählt sie. Gemeinsam organisieren sie Podiumsdiskussionen, unterstützen Geflüchtete bei Behördengängen und werben in Fussgängerzonen für eine humanere Asylpolitik.



© Petar Mitrovic

Einfacher sei das nicht geworden. «Vor zwei Jahren war die Solidarität noch gross», sagt Sophia. «Inzwischen werden wir auf der Strasse oft zusammengeschissen. Mit Argumenten kommt man dann meistens nicht mehr weiter.»

Die Flüchtlinge wollen sich überhaupt nicht integrieren und hungern nur am Bahnhof rum – solche Sprüche hört Sophia inzwischen besonders oft. «Dabei lassen wir geflüchtete Menschen ja gar nicht arbeiten», sagt sie. «Die meisten starten in der Schweiz mit ganz viel Enthusiasmus in ihr neues Leben. Und wir bremsen das so lange aus, bis sie nur noch müde, enttäuscht und frustriert sind.»

Arkan wartet bis heute auf seine Arbeitserlaubnis. «Wir kämpfen schon lange darum», sagt Sophia. Neulich traf Arkan auf einem Fest zufällig einen ehemaligen Lokalpolitiker. «Der war total schockiert, dass Arkan immer noch nicht arbeiten darf. Und ein paar Telefonate später lag plötzlich die Bewilligung für eine Schnupperlehre in einer Autowerkstatt auf dem Tisch. Wir mussten lachen. «Hey», sagte Arkan, «bei euch läuft's auch nicht anders als im Irak.»»

Neustart in Genf

Monatelang bangten Mohamad Barakat und seine Familie im syrischen Aleppo um ihr Leben. Dass sie nun in Sicherheit sind, gleicht einem Wunder.

Von Camille Grandjean-Jornod

An seinen ersten Eindruck von der Schweiz erinnert sich Mohamad Barakat noch gut: «Es war die «Fête de l'Escalade», das grosse Volksfest in Genf», erzählt er und lächelt. An jenem Tag im Dezember 2015 kam er mit seiner Familie in Genf-Cointrin an. Es war alles «wie im Traum», sagt er heute.

Zuvor hatte er mit seiner Familie monatelang im syrischen Bürgerkrieg ausgeharrt – während ein Cousin in Genf alle Hebel in Bewegung setzte, um sie aus dem Land zu holen. Schliesslich durften 23 Personen ausreisen. Die älteste war 82, die jüngste 3 Jahre alt. Zwei Jahre später empfängt uns Mohamad Barakat im ländlichen Genfer Hinterland, mitten in den Weinbergen. Das Haus haben sie dank Nachbarn des Cousins gefunden. Ein richtiges Freundschaftsnetz entstand, das Mohamad Barakats Familie half, in der Schweiz anzukommen: Jemand organisierte eine Unterkunft, jemand ging mit den Kindern spazieren, eine dritte Person brachte den Oud-Spieler Mohamad Barakat mit Genfer Musikerinnen und Musikern in Kontakt.

Erfolgreiche Kinder | Wenn Mohamad Barakat von seinen Kindern spricht, schwingt in der Stimme des 52-Jährigen Stolz mit: «Sie haben sich sehr schnell integriert, sie haben Freunde, gehen ins Kino, auf Partys ...» Für die Eltern, die beide einen Universitätsabschluss haben, ist schulischer Erfolg wichtig. Und die Kinder scheinen auf bestem Weg zu sein: Die bei-

Freundschaften halfen Mohamad Barakat, hier anzukommen.

den Ältesten bereiten sich auf die Matura vor und träumen davon, Arzt und Zahnarzt zu werden. Das jüngere Mädchen ist im letzten obligatorischen Schuljahr und musiziert bei den Genfer Kadetten. Der 9-Jährige besucht die Schule, nimmt Musikunterricht und geht gerne schwimmen.

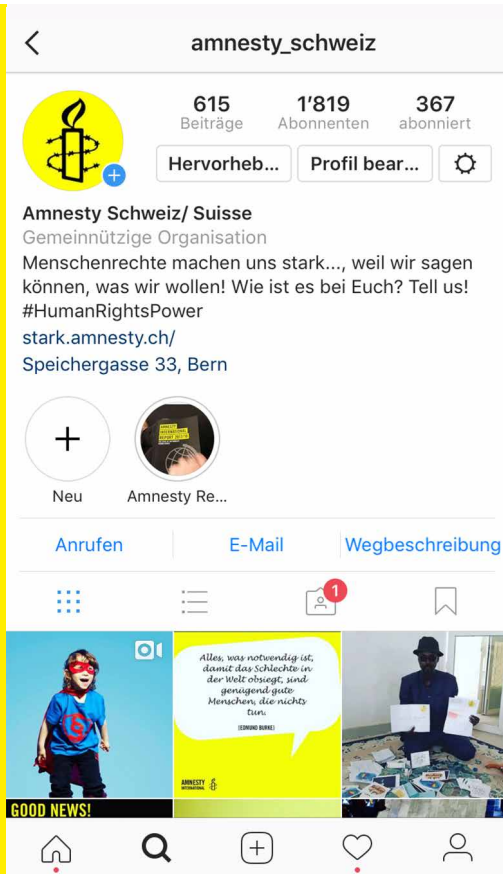
Ein Leben genau wie dasjenige ihrer Genfer Kameradinnen und Kameraden. Doch es ist ein Kontrast zu den Schreckenserlebnissen, die der Vater nur zurückhaltend anspricht: der Krieg mit



den unablässigen Bombardierungen und später die Festnahme durch den «Islamischen Staat» bei einem ersten Fluchtversuch.

«Noch kein normales Leben» | Für die Erwachsenen fehlt noch ein wesentliches Element: «Solange ich nicht arbeite, führe ich kein normales Leben», sagt Mohamad Barakat. Das Nichtstun belastet den Informatiker sehr. Er war in seiner Heimat gewohnt, ein Team zu führen und elf Stunden am Tag zu arbeiten. 24 Jahre lang war er bei den Elektrizitätsbetrieben in Aleppo angestellt. «Mit einem F-Ausweis stellst dich in der Schweiz keine Firma ein», sagt er.

Aber er verliert die Hoffnung nicht und tut alles, um seine Chancen zu verbessern: Er lernt Französisch, feilt an seinem Lebenslauf und besucht Informatikkurse an der Universität in Genf. Daneben hilft er seinen Kindern bei den Hausaufgaben, spielt Oud im Duett mit einem Genfer Klarinettenisten und widmet sich dem Gärtnern. Im Garten findet er altbekannte Geschmücke wieder, zum Beispiel die weisse Zucchetti, die er voller Freude zeigt: «Es sind dieselben wie in Aleppo!»



FOLGEN SIE UNS AUF INSTAGRAM



AMNESTY_SCHWEIZ



**VERDOPPELN SIE
IHRE WIRKSAMKEIT!** Spenden Sie jetzt online,
Ihre Summe wird verdoppelt.

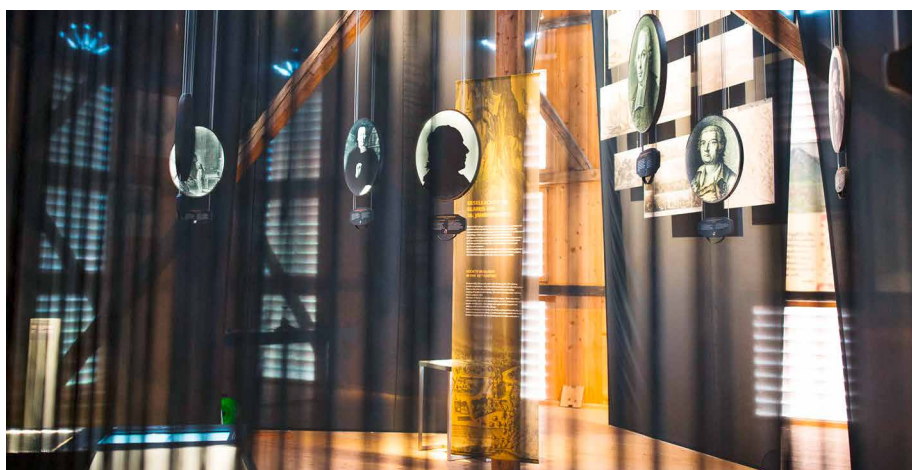
WWW.AMNESTY.CH

Die letzte Hexe und die Menschenrechte

Sie war die «letzte Hexe» Europas und wurde 1782 hingerichtet: Anna Göldi. Ihr Schicksal wird nun in einem Museum eindrücklich und detailreich dargestellt – eine Ausstellung, die auch den Bezug zu den heutigen Menschenrechten macht. Von Nina Astfalck

«**A**nna Göldi: Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich» steht gleich am Eingang der Dauerausstellung im glarnerischen Ennenda. Diese ist im grossräumigen hölzernen Dachgeschoss des historischen Hänggiturms untergebracht, vom übrigen Turm durch zwei grosse schwarze Segel, die bis fast zur Decke reichen, abgegrenzt. Grosse Tafeln informieren zunächst in chronologischen Übersichten über das Leben der Protagonistin, die 1782 in Glarus enthauptet wurde, weil man sie für eine Hexe hielt. Die Magd wurde angeschuldigt, die Tochter ihres ehemaligen Arbeitgebers verhext zu haben. Sie habe ihr ein vergiftetes «Läckerli» gegeben, worauf das Mädchen «Gufen» (Stecknadeln) zu speien begonnen habe. Dass jemand Stecknadeln spuckt, verlangt einiges an Vorstellungskraft.

Geschichte wird lebendig | Ein Flüstern geht durch den nächsten Raum – dem Herzstück der Ausstellung – und bildet eine bedrückende Klangkulisse. Bilder zahlreicher Personen, die in den Fall verwickelt waren, hängen von der Decke. Durch lebendige Hörtexte erfährt man, was diese Zeitgenossen gefühlt haben, welche Einstellungen und Motive sie hatten und wie sie handelten. Monologe und Dialoge zitieren aus den historischen Gerichtsakten. Die einzelnen Geschichten verweben sich zu einem Ganzen und es wird klar, wie ungerecht das Gerichtsverfahren gegen Anna Göldi war. Kläger und Richter waren identisch, die Öffentlichkeit wurde vom Prozess



Dem tragischen Schicksal einer Magd gewidmet: Das Anna Göldi-Museum in Ennenda.

ausgeschlossen. Anna Göldi hatte unter Folter ein Geständnis abgelegt, ein angeblicher männlicher Komplize wurde nicht verurteilt. Ihre Hinrichtung hatte schon damals im aufklärerischen Umfeld für breite Empörung gesorgt. Eine weitere Themeninsel stellt denn auch namhafte AufklärerInnen und ihre damals neuen Auffassungen über den Menschen vor.

Parallelen zum Heute | Folter, Amtsmissbrauch, Justizwillkür und schliesslich Hinrichtung: Sie lassen unmittelbar an ähnliche Schicksale der heutigen Zeit denken. Das Museum legt denn auch ein besonderes Gewicht auf das Thema Menschenrechte. So leistet Amnesty International Schweiz, Partnerin der Ausstellung, einen Beitrag zum Thema Todesstrafe: Auf einem Touchscreen-Pult mit einer Weltkarte der To-

desstrafe werden beispielhaft je zehn Länder, welche die Todesstrafe weiterhin anwenden, aufgezeigt und zehn Einzelschicksale von Menschen geschildert, die mit einem Todesurteil bestraft und zum Teil bereits hingerichtet wurden.

Die detailreiche Vermittlung der Geschichte von Anna Göldi von ihrer Geburt bis zu ihrer Rehabilitierung 2008 zeigt, dass es nicht nur in jeder Kultur, sondern auch in jeder historischen Zeitperiode Menschen gegeben hat, die sich für das Ideal der Gleichheit und für die Würde des Menschen einsetzten. Ein Ausflug nach Glarus ist deshalb höchst lohnenswert. |

Anna Göldi-Museum
Hänggiturm
Fabrikstrasse 9
8755 Ennenda / Glarus
www.annagoldimuseum.ch

Das Klima und das Kino

Aufrüttelnde Dokumentar- und Spielfilme, die die Wetterveränderungen als Ausgangspunkt nehmen, machen das Phänomen Klimawandel begreifbar. Wir stellen drei Beispiele vor.

Von Astrid Herrmann und Carole Scheidegger



Der Oscar-Gekrönte | Mit «An Inconvenient Truth» machte der ehemalige US-Präsidentschaftskandidat Al Gore den Klimawandel 2006 beim breiten Kinopublikum zum Gesprächsthema. Der Film erhielt einen Oscar und Gore zusammen mit dem Weltklimarat den Friedensnobelpreis. Vergangenes Jahr legte Gore mit «An Inconvenient Sequel» nach. Seine Selbstinszenierung als Klimaretter trübt den Sehgenuss allerdings etwas. Mit der Wahl Donald Trumps und dessen Entscheidung, aus dem Pariser Abkommen auszusteigen, müsste der Film zudem bereits wieder ein Update erhalten. Aufrüttelnd bleiben aber beide Dokumentationen allemal. |

An Inconvenient Truth. Von Davis Guggenheim. USA 2006.

An Inconvenient Sequel. Von Bonni Cohen, Jon Shenk. USA 2017. Auf DVD.

Saat ohne Ernte | In einer Zukunft, in der die Klimaerwärmung eine landwirtschaftliche Bewirtschaftung der Felder verunmöglicht hat, liegt die Nahrungsmittelproduktion – und damit die Ernährungshoheit – bei einem mächtigen Unternehmen. Dieses tüfelt am idealen genmanipulierten Getreide (engl. «Grain»). Aufgrund wiederholter Dürren und ausfallender Ernten beginnt der Biologe Erol Erin, das Tun seines Arbeitgebers anzuzweifeln. Er macht sich auf die Suche nach dem Wissenschaftler Cemil Akman, dessen Forschung die Wirksamkeit von Genmanipulationen infrage stellte. Fernab der städtischen Grenzwälle treten die beiden Männer gemeinsam eine Reise durchs tote Niemandsland an.

Der türkische Regisseur Semih Kaplanoğlu erzählt die dystopische Geschichte in wunderschönen, eindringlichen Schwarz-Weiss-Bildern. Damit erzeugt er eine einzigartige Stimmung. Leider ist die Handlung voraussehbar und die Dialoge wirken konstruiert. Die



Fragen, die Kaplanoğlu aufwirft, sind spannend; ihre Diskussion würde jedoch mehr Differenziertheit erfordern. |

Grain. Von Semih Kaplanoğlu. Türkei 2017.

Jetzt auf www.trigon-film.org (kostenpflichtig)



Eis und Wasser | Der Schweizer Dokumentarfilmer Matthias von Gunten ist für seinen Film nach Thule in Grönland und in den pazifischen Inselstaat Tuvalu gereist. In Thule schmilzt das Eis, in Tuvalu steigt das Wasser. Für die Bewohnerinnen und Bewohner hat das grosse Auswirkungen. Von Gunten begleitet einige von ihnen im Alltag. «Wenn es so weiter geht, habe ich noch 15, 20 Jahre, um ein neues Leben zu beginnen», sagt einer der porträtierten Grönländer. Eindrückliche Bilder aus zwei verschiedenen Teilen der Erde. |

Thule Tuvalu. Von Matthias von Gunten.

Schweiz 2014. Auf DVD.

Hollywoods erste schwule Teenie-Romanze

Mit «Love, Simon» hat zum ersten Mal ein grosses Hollywood-Studio eine schwule Coming-out-Geschichte für das Mainstream-Publikum produziert. In den USA war der Film ein Kassenerfolg. Aber ist er auch ein Fortschritt für die LGBTI-Community? Von Ralf Kaminski

H ighschool-Filme gehören zum US-Mainstream-Kino wie Romanzen, Komödien und Fantasy. Es gibt sie in zahllosen Variationen, darunter viele seichte Komödien rund ums «erste Mal», aber auch ein paar gelungene Dramen. Etwas jedoch gab es noch nie: einen schwulen Helden im Mittelpunkt.

Diese Premiere liefert nun das Filmstudio 20th Century Fox mit «Love, Simon», der Filmadaption des Romans «Simon vs. the Homo Sapiens Agenda» von Becky Albertelli. Simon ist ein ganz normaler Teenager, hat jedoch ein Geheimnis, das er noch nie jemandem anvertraut hat: Er ist schwul. Als sich ein anderer Jugendlicher an seiner Schule anonym auf Social Media outet, meldet er sich bei ihm, ebenso anonym – und fängt an, sich von Mail zu Mail mehr in ihn zu verlieben. Nur, wer könnte es bloss sein?

Gemeinsam mit Simon spekuliert das Publikum fleissig mit und wird Zeuge seines immer weiter gehenden Coming-outs, auch wenn dieses beim ersten Mal noch unfreiwillig passiert. Natürlich hat die Geschichte ein Happy End, und es wäre kein US-Mainstream-Film, wenn nicht bis zum Schluss die ganze Schule hinter Simon stehen würde.

Dramaturgisch clever | Wer selbst schwul ist, hat schon zahllose solcher Filme gesehen, im Indie- und Art-house-Kino – und oft weniger weichgespült, mit komplizierter verlaufenden Coming-outs. Neu hier ist das Zielpublikum: «Love, Simon» richtet sich eben

auch an Teenager und Eltern, die mit dem Thema sonst nichts am Hut haben. Und fängt sie dramaturgisch clever ein, sodass sie gar nicht anders können, als mit Simon mitzufiebern. So etwas wäre noch vor ein paar Jahren tatsächlich undenkbar gewesen im Hollywood-Kino. Auch wenn viele TV-Serien schon längst weiter sind und Figuren aus der LGBTI-Gemeinschaft (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transmenschen, Intergeschlechtliche) mit wachsender Selbstverständlichkeit in ihre Handlungen einbauen.

Einer dieser Serienpioniere ist der Brit Russell T. Davies, der 1999 mit «Queer as Folk» queere TV-Geschichte geschrieben hat. Er lobte den Regisseur von «Love, Simon» kürzlich im «Guardian»: «Greg Berlanti hat im Fernsehen schon eine Unzahl schwuler Handlungsstränge inszeniert. Es ist ein grossartiger Erfolg, dass es ihm gelungen ist, diesen Film nun in die Multiplexkinos zu bringen.» Davies glaubt allerdings, dass es dennoch schwierig bleibt, LGBTI-Hauptfiguren in Mainstreamfilmen unterzubringen. «Am Ende geht es immer ums Geld, und je teurer eine Produktion ist, desto mehr Leute haben Angst, dass ein schwuler Held das Kinopublikum abschreckt.»

Von daher: Ja, «Love, Simon» ist ein Fortschritt, ein weiterer von vielen kleinen Schritten hin zu einer grösseren

Selbstverständlichkeit. Wenn es solche Teenie-Filme im Multiplex-Kino dereinst auch mit schwarzen Lesben und muslimischen Transfrauen gibt, dann nähern wir uns dem Ziel. Bis dahin ist es allerdings noch ein weiter Weg. |

Ralf Kaminski ist Mitglied von Queeramnesty.
Mehr Informationen: www.queeramnesty.ch



Am Schluss steht die ganze Schule hinter Simon (2. v.l.).



Love, Simon.
Von Greg Berlanti.
USA, 2018.
Ab 28. Juni im Kino.

Grosse Träume, zensurierte Texte

Der togolesische Slam-Künstler und Musiker Kaporal Wisdom trat bei einem Amnesty-Konzert in der Hauptstadt Lomé auf. Wie die Botschaften in seinen Songs das Leben anderer verbessern, erzählt er im Interview. Interview: Shiromi Pinto



Ein Mann mit Message: Kaporal Wisdom in Aktion.

► AMNESTY: Warum verbinden Sie Aktivismus mit Musik?

Kaporal Wisdom: Ich wollte schon immer die Herzen der Menschen berühren und ihr Denken verändern. Ich habe über Aids und Malaria geschrieben und die Leute interessierten sich für das, was ich zu sagen hatte. Mein erstes Album erschien 2016. Es dreht sich um meinen Traum von einer Welt, in der die grundlegenden Menschenrechte geachtet werden: sauberes Wasser, Bildung und Gesundheitsversorgung für alle. Ich sprach mit Gefangenen, Strassenkindern und Bergarbeitern, um ihre Geschichten zu hören. Ich stamme selbst aus einer ar-

men Familie und wollte den Menschen zeigen, dass wir der Armut entkommen können, wenn wir an uns selbst und an unsere Träume glauben.

► Welche Auswirkungen hat Ihr Aktivismus in Togo?

◀ Den vielen Strassenkindern in Togo drohen Vergewaltigung, Diebstahl und andere Misshandlungen. Manchmal werden sie festgenommen, weil sie Essen stehlen. Oft müssen die Menschen mit illegalen Geschäften wie dem Verkauf von Schmuggelware Geld verdienen. Die Botschaften in meinen Liedern scheinen tatsächlich Wirkung gehabt zu ha-

ben. Wenn ich mich heute in Lomé umschaue, dann sehe ich, dass die Regierung Strassen und Abwasserkanäle saniert hat und es eine solarbetriebene Strassenbeleuchtung gibt. Durch meine Musik spreche ich die Behörden an. Wenn ich die Rechte meines Nachbarn verteidige, ist das, wie wenn ich meine eigenen Rechte verteidigen würde.

► Müssen Sie aufpassen, was Sie sagen und schreiben?

◀ Ich trete an vielen öffentlichen Veranstaltungen auf. Häufig wird mein Text im Voraus verlangt, damit er zensuriert werden kann. Junge Leute hören mir zu, weil sie wissen, dass ich Einfluss habe. Persönlich bin ich nie von der Polizei verfolgt worden. Aber man wird etwas ängstlich. Man weiss, dass man dich verschwinden lassen kann, ohne dass jemand davon erfährt. Sie könnten mich auch treffen, indem sie die Familie oder die Freunde ins Visier nehmen. Meine Wohngegend ist nicht sicher; Soldaten brechen in die Häuser ein. Aber ich mache weiter, weil wir unsere Angst überwinden und unsere Träumen folgen müssen. Ich will sagen können, was ich will, wo ich es will und wie ich es will. |



Kaporal Wisdom:
Demain il fera beau
Somelagno. 2017.

WIR SIND UM KEINEN DEUT BESSER



© André Gottschalk

Endo Anaconda ist Sänger der Band «Stiller Has», Schriftsteller und Bühnenautor.

Am 10. Dezember 1948 verkündete die Generalversammlung der Uno die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte zum gemeinsamen Ideal aller Völker. Global sind wir davon genauso weit entfernt wie vor 70 Jahren.

Menschenrechte sind ein brüchiges Privileg. Kratz man nur ein wenig an der Oberfläche, schon blättert der dünne Lack der Zivilisation ab und man realisiert, dass wir, die wir uns im Glorienschein des Humanismus sonnen, die Bestialität, Folter und Sklaverei bloss exportiert haben. Bewusstseinsmässig leben wir in den sogenannten zivilisierten Ländern in einer Blase.

Auch die Schweiz ist so ein janusgesichtiger, humanistischer Schurkenstaat. Einerseits sind wir stolz auf unsere humanitäre Tradition, auf die Hilfs- und Spendenbereitschaft unserer Bevölkerung – andererseits verkaufen Schweizer Firmen Kriegsmaterial an Unrechtsstaaten.

Wir reden gerne über unsere westliche «Wertegesellschaft» und verdrängen die Tatsache, dass unser materieller Überfluss auf der Ausbeutung und Unterdrückung von Menschen in der zweiten und dritten Welt beruht. Wenn es ums Geschäft geht, spielen Menschenrechte keine Rolle. Wie wäre es sonst möglich, dass Schweizer Firmen Waffen nach Saudi-Arabien liefern. An ein brutales Regime, welches täglich im Jemen Zivilisten umbringt, Regimegegner hinrichtet, foltert, steinigt, auspeitscht. Ein Umstand, der sogar unserer Landesregierung peinlich zu sein scheint. Muss wohl so sein, sonst hätte der Bundesrat zum Begräbnis des vorherigen Königs und Gewaltherrschers Abdullah ibn Abd al-Aziz wahrscheinlich die damals amtierende Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga (SP) vorbeigeschickt und nicht den ehrenwerten, aber unauffälligeren Sämi Schmid.

Wir sind um keinen Deut besser als Deutschland, die USA, Russland, China usw. Nimmt man die Menschenrechte ernst, könnte man zynisch oder depressiv werden, oder man wird als «Gutmensch» belächelt. Den Zyniker bezüglich der Politik nehme ich auf mich – den «Gutmenschen» nehme ich als Ritterschlag. Zum Glück gibt es Gutmenschen. Zu diesen zähle ich die Aktivisten von Amnesty International, die heldenhaften Ärzte von Médecins Sans Frontières und die Frontkämpfer vom IKRK. |

**«WENN ES UMS GESCHÄFT GEHT,
SPIELEN MENSCHENRECHTE KEINE ROLLE.»**

MENSCHENRECHTE MACHEN UNS STARK



**Sie garantieren Freiheit und Sicherheit
Deshalb NEIN zur Anti-Menschenrechts-Initiative**